



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 19.05.2016**

Anwesend waren:

Vorsitzender:

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Frau Edina Hippe	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	

Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Frau Vanessa Grauer	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Herr Manfred Lister	
Frau Jutta Thiele	

Mitglieder des Magistrats

Herr Reiner Brill	
Herr Berthold Diegel	
Herr Thomas Große	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Gerhard Marquardt	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Jürgen Gonnermann	
Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
Frau Patrizia Lenke	

von der Verwaltung

Frau Dagmar Schade-Kurz	
-------------------------	--

Ausländerbeirat

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Zuschauer/innen

15	
----	--

Vertreter der Presse

2	
---	--

Entschuldigt waren:**Mitglieder des Magistrats**

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
----------------------------	--

Beginn der Sitzung:**19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****21:54 Uhr****Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:**

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Vorstellung der neuen Ortsvorsteher | Seite 7 |
| 2. | Wahl der Vertreterinnen und Vertreter in folgenden Gremien:
1. Verbandswasserwerk Meiner - Verbandsversammlung
2. ekom21 - KGRZ Hessen - Verbandsversammlung
3. Tourismus-Zweckverband Eschwege-Meinhard - Verbandsversammlung
4. Vorstand Hospital St. Elisabeth
5. Erneuerungsbeirat Stadtteil Heuberg
6. Betriebskommission Baubetriebshof
7. Betriebskommission des Wasserversorgungsbetriebs Eschwege
8. Friedhofsausschuss der Kreisstadt Eschwege | Seite 11 |
| 3. | Besetzung des Kuratoriums der Eschweger Stadtstiftung | Seite 18 |
| 4. | Bebauungsplan Nr. 41.5 (Einzelhandelsregelung „Gewerbegebiet Hessenring“)
Änderung der Bebauungspläne Nr. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 und 137;
Satzungsbeschluss | Seite 20 |
| 5. | Anpassung der Nutzungsentgelte für die Dorfgemeinschaftshäuser | Seite 20 |
| 6. | Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Pilotprojekt arbeitnehmer-
und pendlerfreundliche Öffnungszeiten im Rathaus | Seite 21 |
| 7. | Antrag der FWG-Stv.-Fraktion betr. Eschweger Stadthalle
Presseberichterstattung und Magistratsbericht anlässlich einer Finanzamts-
nachforderung | Seite 27 |

8.	Antrag der FDP-Stv.-Fraktion betr. Anregungsrecht für Ortsbeiräte bzw. Stadtteilbeiräte	Seite 32
9.	Anregungen	Seite 35
9.1	Schulungen für Stadtverordnete	Seite 35
9.2	Vollständige Namen der Mandatsträger/-innen auf der Eschweger Website	Seite 36
9.3	Zustand Stadtbahnhof Eschwege	Seite 36
9.4	Hinweis auf einen Wettbewerb	Seite 37
9.5	Werratalsee - Einberufen einer Bürgerversammlung	Seite 37
9.6	Protokolle der Stadtverordnetenversammlung auf der Homepage	Seite 38
9.7	Auslastung von Veranstaltungsräumen	Seite 38
9.8	Schmücken der Straßen	Seite 38

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Gruppenfoto gefertigt.

- 1 -

Stv.-V. Hamp:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ehrenwerter Magistrat, verehrte Ortsvorsteher. Ich begrüße Sie, ich begrüße die Herren von der Presse und ich begrüße die zahlreichen Zuschauer. Herzlich willkommen zur heute Abend stattfindenden Stadtverordnetenversammlung. Mir liegen Entschuldigungen vor zur Nichtteilnahme von Herrn Stadtrat Gathmann.

Und jetzt darf ich zu einem schönen Teil kommen. Das ist bei der letzten Sitzung etwas zu kurz gekommen, nämlich unsere Geburtstagskinder.“

Stv.-V. Hamp gratuliert allen Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Stv.-V. Hamp:

„Wir hätten jetzt den Tagesordnungspunkt „Ehrungen“ vorzunehmen, der zwar nicht in der Tagesordnung als solcher steht, aber für den heutigen feierlichen Anlass vorgesehen war. Herr Bürgermeister, Sie haben das Wort.“

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, sehr verehrte Gäste. Wir hatten in der letzten, in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, noch einige Ehrungen vorgesehen. Wir wollten allerdings dann, auch aufgrund der Länge der Sitzung, dann ein Stück weit hier die Zeit strecken und nochmal die Ehrungen jetzt in dieser Sitzung vornehmen.

Bereits beim letzten Mal verlesen, aber sie musste dann leider schon etwas früher den Raum verlassen, eine Ehrenamtliche, die mir sehr am Herzen liegt, die sich insbesondere für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Stadt einsetzt, die insgesamt 13 Jahre lang dem Ausländerbeirat dieser Stadt angehört hat und noch angehört, Frau HEND CLaus.

Dann jemand, der noch einige Jahre mehr, ich sage jetzt nicht auf dem Buckel, denn über einen solchen verfügt er nicht, hat, jemand der über viele, viele Jahre, das steht hier immer so harmlos, ehrenamtlicher Bürger, das ist deutlich mehr, er war Außenstellenleiter über 23 Jahre, ist es ab heute dann wieder, in Niederhone, eine absolute Institution. Jemand, der nicht zu übersehen ist, der überall gern gesehen ist, der mit einer gewissen Vehemenz und mit einem humorvollen Auftreten immer wieder dafür sorgt, dass es den Niederhonerinnen und Niederhönern gut ergeht in diesem größten Stadtteil, den wir haben. Jemand, mit dem man jederzeit gut und vertrauensvoll zusammenarbeiten kann, der zum richtigen Zeitpunkt die lauten aber viel häufiger mit den leisen Tönen ganz gut die Geschicke Niederhones steuern kann. Seit 23 Jahren im Amt und im Ortsbeirat Niederhone der Ortsvorsteher Jürgen Gonnermann.

Und zuletzt ein Stadtverordneter, der dem hohen Haus der Stadtverordnetenversammlung insgesamt, wenn auch mit einer Unterbrechungsphase, vom Jahr 2005 an über 13 Jahre angehört hat, der im Prinzip alle entsprechenden Gremien, die man hier in dieser Stadt zu besetzen hat, auch einmal besetzt hat, in den Ausschüssen sehr aktiv war, der Stadtverordnete Andreas Hölzel.

Für die 3 eben Genannten, die ich nun nach vorn bitte, gibt es eine Ehrung, die immer dann ausgesprochen wird im Namen des Landes Hessen, wenn jemand sich über lange Jahre hinweg ehrenamtlich engagiert, und an der Stelle möchte ich das auch noch einmal unterstreichen. Alle 3 Personen engagie-

ren sich in dem, was die Bürgerinnen und Bürger immer als „den politischen Raum“ bezeichnen und allzu oft ist es ja auch so, dann man dann als ehrenamtlicher Politiker, der bekannt ist, der sein Gesicht in der Öffentlichkeit zeigt, erhalten muss für die großen und kleinen Sorgen und auch für manche Kritik. Es ist für mich an dieser Stelle nochmal ganz deutlich und wichtig zu unterstreichen, dass diese Menschen über Jahre/Jahrzehnte zum Teil hinweg in unzähligen Sitzungen, und zwar abends, wenn die Zeit eigentlich der Familie gehört, sich für die Belange der Allgemeinheit einsetzen. Und ich glaube, das wird manchmal in dem allgemeinen Geschimpfe auf „die da oben“, die Politiker, häufig vergessen, dass es Menschen wie Sie und ich sind, dass es Nachbarn sind, Freunde, Bekannte, für die man sich einsetzt, und das macht man vor allen Dingen dann, wenn man entsprechend viel Herzblut mitbringt, und das ist diesen 3 Geehrten heute wirklich zu eigen, und ich freue mich, ihnen den Ehrenbrief des Landes Hessen heute verleihen zu können. Ich darf Sie nach vorn bitten.

Sie gestatten mir, dass ich schnell für alle Geehrten einen Ehrenbrief verlese und natürlich den des zu Ehrenden, wie sich das gehört und darf Sie jetzt bitten, sich alle zur Verlesung zu erheben.“

Bgm. Heppe verliest den Ehrenbrief.

Die Genannten erhalten die Urkunden mit Nadel und je einen Blumenstrauß.

Stv.-V. Hamp:

„Nochmals ganz offiziell vom Podium allerbeste Wünsche, Sie haben es sich verdient, weiter so. Danke Ihnen.

Ich eröffne nunmehr die 3. Sitzung des Jahres 2016 und die 2. Sitzung der laufenden Legislaturperiode. Ich stelle die ordnungsgemäße Ladung fest. In der Werra-Rundschau am Samstag war der Hinweis auf die Veröffentlichung auf der Homepage. Wenn ich in den Raum gucke, sehe ich, dass das gesetzliche Quorum erreicht ist. Wir sind beschlussfähig.

Ich stelle nunmehr die Tagesordnung, die Ihnen vorliegt, zur Abstimmung und möchte Sie gleich bitten, einer Änderung zuzustimmen, und zwar im Punkt 2 möchten wir sinnvollerweise die Punkte 7 und 8 tauschen, weil der Punkt 7 mit einem weiteren Wahlvorschlag eingereicht wurde, wo eine, sie sehen es an der Urne, Wahl erforderlich wird. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um das Handzeichen.“

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden getauscht.

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Wir haben ein Protokoll zu genehmigen. Das vom 21.04.2016 ist noch nicht fertig aber das vom 25.02.2016. Wer dem Protokoll zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Das Protokoll vom 25.02.2016 wird genehmigt.

Mit 35 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Dann hatten wir in der letzten Versammlung das Benennungsverfahren für die Ausschüsse festgelegt. Die Fraktionen haben benannt, Sie haben es als Tischvorlage, ich nenne es trotzdem im Einzelnen nochmal:

Die CDU-Fraktion bestimmt für den Finanzausschuss die Herren Manfred Lister, Frau Elisa Rabe und Herrn Jörg Rüppele.

Für den Haupt- und Kulturausschuss die Stadtverordneten Michael Schmidt, Leonie Bierent und Lars-Henning Bartels.

Der Ausschuss für Bauen und Umwelt, Dr. Manfred Bödicker, Annegret Schröter und Klaus Wolf.

Ausschuss für Familie und Soziales, Angelika Knapp-Lohkemper, Dr. Hans-Henning Peters und Jutta Thiele.

In die Johannisfestkommission werden entsandt Frau Susanne Rüppele, Herr Michael Schmidt und meine Wenigkeit.

In die Sportkommission Jörg Rüppele, Leonie Bierent und Annegret Schröter.

Die SPD-Fraktion benennt, in der gleichen Reihenfolge, für Finanzausschuss Marcus Stolle, Jörg Heinz und Thomas Reyer.

Für Haupt- und Kulturausschuss Karl Montag, Jörg Heinz und Stefan Fiege.

Ausschuss für Bauen und Umwelt Stefan Fiege, Alexander Feiertag, Karl Montag.

Ausschuss für Familie und Soziales Edina Hippe, Markus Claus, Jacqueline Stolle.

Die Johannisfestkommission Karl Montag, Ramiz Arifi, Markus Claus.

Die Sportkommission Ramiz Arifi, Joachim Lorchheim, Markus Claus.

Die FWG-Fraktion benennt folgende Personen:

Für den Finanzausschuss Andreas Hölzel.

Haupt- und Kulturausschuss Andreas Hölzel.

Ausschuss für Bauen und Umwelt Jochen Grüning.

Ausschuss für Familie und Soziales Jürgen Häcker.

Johannisfestkommission Jochen Grüning.

Sportkommission Jürgen Häcker.

Auf gutes Wirken. Die konstituierenden Sitzungen finden in den nächsten Wochen statt. Für das Protokoll aufgenommen.

Gut, dann steigen wir in die von Ihnen genehmigte Tagesordnung ein. Punkt 1: Vorstellung der neuen Ortsvorsteher. Das Wort hat Herr Bürgermeister Heppe.“

1. VORSTELLUNG DER NEUEN ORTSVORSTEHER

- 1 -

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates. In der letzten Sitzung wurde angeregt, dass wir zu Beginn dieser Sitzung den Ortsvorstehern die Möglichkeit geben, sich, ihre Person noch einmal kurz vorzustellen, weil es ja dort auch einige Wechsel gegeben hat. Ich halte das für eine gute Möglichkeit, hier Ihnen das Wort einzuräumen, damit man dann auch weiß, mit wem man es in den jeweiligen Stadtteilen zu tun hat und an wen man sich hoffentlich vertrauensvoll dann auch wenden kann.

Bevor wir soweit kommen, möchte ich jedoch noch eine Sache vornewegstellen. Mit Beschluss des Magistrates aus seiner heutigen Sitzung werden folgende Personen unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte zum Aussenstellenleiter der Verwaltung in den jeweiligen Stadtteilen be-

stellt: für Eltmannshausen Thomas Rehbein, für Niddawitzhausen Walter Hoefel, für Niederdünz bach Rainer Bick, für Niederhone Jürgen Gonnermann und für Oberdünz bach Matthias Herzog. Ich darf die soeben genannten Personen nach vorn bitten und dann, nachdem ich Ihnen die Ernennungs urkunde ausgehändigt habe, bitten, mir den Amtseid nachzusprechen.“

Die Aussenstellenleiter treten vor, leisten den Amtseid und erhalten die Ernennungs urkunde sowie je einen Blumenstrauß.

Stv.-V. Hamp:

„Meine Herren Ortsvorsteher, der Bürgermeister hatte gesagt, dass Sie vielleicht ein paar Worte an das Auditorium und an die Gäste richten. Mit ein paar kurzen Worten sich vorstellen. Dann dürfte ich Sie jetzt, so, wie es Ihnen in der Reihenfolge genehm ist, kurz an das Mikrofon bitten. Dankeschön.“

Herr Hoefel (Ortsvorsteher Niddawitzhausen):

„Wir wurden darauf hingewiesen, dass wir uns vorstellen sollten, finde ich ganz angenehm. Eigentlich gehe ich davon aus, dass viele mich schon kennen. Ich bin Ortsvorsteher von Niddawitzhausen. Mein Name ist Walter Hoefel. Ich bin mittlerweile seit 33 Jahren Ortsvorsteher und jetzt wiedergewählt worden. Eine lange Zeit, die hinter mir liegt, und ich hoffe, dass ich noch die Kraft habe, zumindest diese Periode noch zu überstehen. Und dann ist sicherlich auch Schluss. Dankeschön.“

Herr Gonnermann (Ortsvorsteher Niederhone):

„Ja, sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Bürgermeister, meine Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats. Ortsvorsteher von Niederhone bin ich jetzt seit vielen Jahren und Aussenstellenleiter. Ich habe das als Schriftführer angefangen, das ist das erste Amt, was man bekommt, wenn man in einen Ortsbeirat kommt und des Schreibens mächtig ist, danach kommt der Stellvertreter und danach kam dann der Ortsvorsteher. Mein Name ist Jürgen Gonnermann, das ist jetzt schon deutlich geworden, denke ich mal, gesagt worden heute Abend. Zur Arbeit selbst möchte ich vielleicht nur ganz kurz etwas sagen. Ich schätze es sehr, wenn man mit Achtung voreinander und mit Fairness und mit Sachlichkeit, aber auch mit einem gewissen Arbeitseifer die ganze Sache betreibt. Wir haben diese Kultur uns bisher bewahren können und ich sehe eigentlich auch in der Zukunft gute Chancen, dass wir mit unserer Grundeinstellung das weiterhin so hinbekommen. Es gibt immer wieder neue Gesichter, neue Menschen kommen hinzu, und beim Heimatfest hatten wir auch Gäste, junge Dame und jungen Mann. Das ist schön und ich denke, es ist ganz wichtig, dass wir, die wir schon länger diese Arbeit machen, den jungen Menschen zeigen, dass man mit einer gewissen Freude aber auch einer gewissen Achtung voreinander dieses Geschäft betreiben kann. Und untereinander gut auskommen kann, aber auch mit den Menschen, die uns gewählt haben, guten Kontakt halten kann. Es geht, wenn man die Menschen mag. Man muss sie mögen, sonst sollte man die Finger davon lassen. Ja, ich wünsche uns allen zusammen eine gute Zusammenarbeit für die Zukunft und wollen wir sehen, dass wir auch bei den finanziellen Anforderungen unsere Vorhaben durchbekommen. Herzlichen Dank.“

Herr Bick (Ortsvorsteher Niederdünz bach):

„Ja, Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Ich bin seit 2014 Ortsvorsteher, habe von Berthold Konar in der laufenden Legislaturperiode sozusagen übernommen. Dies ist jetzt meine zweite Legislaturperiode, die ich mitmache. Was haben wir uns vorgenommen? Was ist uns wichtig in Niederdünz bach? Vielleicht dazu 3 Sätze. Ich bin eingestiegen, oder der Berthold hat mich so ein bisschen ins kalte Wasser geworfen mit dem Programm „Dorferneuerung IKEK“. Er hat gesagt, Du kümmerst Dich mal darum, sieh mal zu, was wir daraus machen können und ich habe dann das Team

zusammengestellt und wir haben das Programm Dorferneuerung und Mehrgenerationen-Wohnanlage Niederdünz bach auf den Weg gebracht. Teile davon werden ja bereits umgesetzt, oder werden in den nächsten Monaten umgesetzt. Wir werden daran weiterarbeiten, wir werden das weiterverfolgen und hoffen, dass das Projekt, so, wie wir es erarbeitet haben, auch umgesetzt werden kann. Das ist noch ein weiter Weg, das wissen wir, aber wir werden das versuchen und werden dranbleiben. Der zweite Punkt war, dass wir vom Ortsbeirat die Jugendlichen, das sagte Herr Gonnermann auch gerade, die jungen Leute weiter in den Ort integrieren wollen. Auch da sind wir einen Schritt weitergekommen. Es ist uns gelungen, eine ganze Reihe, 6 bis 8 Jugendliche, in die Vereine aufzunehmen als Neumitglieder im Heimatverein, Feuerwehr läuft sowieso immer parallel dazu, auch hier haben wir es geschafft, dass Jugendliche sich im Dorf zukünftig mehr engagieren, als das bisher der Fall war und auch hier werden wir dranbleiben und hoffen, dass wir da einen erfolgreichen Weg weiter beschreiten können. Vielen Dank.“

Herr Rehbein (Ortsvorsteher Eltmannshausen):

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung. Erstmal möchte ich alle recht herzlich nochmal begrüßen. Mein Name ist Thomas Rehbein. Ich bin seit den Wahlen im März der neue Ortsvorsteher vom Stadtteil Eltmannshausen, trete also in die Fußstapfen des Georg Rost, der das jahrelang gemacht hat. Ich bin jetzt in der zweiten Legislaturperiode schon im Ortsbeirat, habe den Herrn Rost schon seit 5 Jahren vertreten. Einige Sachen sind neu. Ich versuche jetzt, da ein bisschen Fuß zu fassen auf dem neuen Terrain und in die Fußstapfen von Georg zu treten, das wird wahrscheinlich nicht immer funktionieren. Wahrscheinlich gibt es auch einige neue Sachen, bei den alten bleibt es wahrscheinlich. Aber ich versuche mein Bestes und hoffe auf gute Zusammenarbeit mit Ihnen. Vielen Dank.“

Herr Herzog (Ortsvorsteher Oberdünz bach):

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Mein Name ist Matthias Herzog aus Oberdünz bach, verheiratet, 2 Kinder. Ich bin ganz neu im Geschäft. Ich war vorher nie im Ortsbeirat, nie politisch aktiv, hatte es eigentlich auch nicht vor gehabt, aber die Situation hat es ergeben und wir versuchen mit dem Ortsbeirat in Oberdünz bach das Beste rauszuholen und hoffe auf gute Zusammenarbeit.“

Herr Hofmann (Ortsvorsteher Albungen):

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Mitglieder des Magistrats, meine Damen und Herren. Mein Name ist Georg Hofmann. Ich bin seit April der neue Ortsvorsteher von Albungen und wie man gesehen hat, gibt es eine kleine Besonderheit, ich habe eben keinen Blumenstrauß gekriegt, weil ich nicht Außenstellenleiter bin. Jetzt möchte ich erklären, warum das so ist. Als sich die Kommunalwahl so am Horizont abgezeichnet hat, die Kommunalwahl am 6. März, und da hatten wir in Albungen eigentlich keine Kandidaten, außer einem Kandidaten, aber wir brauchen ja 5, nur einen Kandidaten, der bereit war, in den Ortsbeirat zu gehen. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt 2 Legislaturperioden hinter mir und eigentlich nicht die Absicht, erneut zu kandidieren. Jetzt ist es immer schlecht, wenn die Möglichkeit besteht, einen Ortsbeirat zu bilden, und der Ortsbeirat kommt nicht zustande, weil kein Interesse da ist. Wir haben uns dann zusammengesetzt und uns überlegt, ob wir nicht trotzdem eine Mannschaft finden könnten, die den Ortsbeirat weiterhin bestückt. Man hat mich dann auch beknielt, ich solle doch weiterhin mitmachen. Letztendlich habe ich mich auch dazu bereit erklärt, aber von vornherein war klar, ich stehe da nicht allein, sondern wir sind ein Team. Albungen wird jetzt von einem Team geführt, wir sind alle Teamplayer, da soll jeder das machen, was er am besten kann, so dass wir von Anfang an gesagt haben, wir wollten die beiden Funktionen Außenstellenleitung und Ortsvorsteher trennen, was uns nicht klar war, dass die Hessische Gemeindeordnung das nicht so einfach macht, aber vorausgesetzt, die städtischen Gremien stimmen dem zu, wird die Außenstelle in Albungen geschlossen. Das heißt, anstelle der Außenstelle werden wir ein Stadtteilbüro haben, es ändert sich der Name und ansonsten ist da business als usual, die einzige Sache, die sich ändern wird, es

wird kein Dienstsiegel mehr geben, ansonsten wollen wir, der ganze Ortsbeirat, natürlich dafür sorgen, dass sich für die Albungerinnen und Albunger nichts ändert, sondern dass diese Dinge, die in der Außenstelle erledigt werden, in Zukunft auch in dem neuen Stadtteilbüro Albungen erledigt werden. Deshalb diese Trennung, deshalb auch, klar, ich stehe als Erster vornweg, aber ich bin nicht allein, wir sind ein Team, und wir wollen die nächsten 5 Jahre als Team den Stadtteil Albungen ein ganzes Stück nach vorne bringen und ich hoffe, es gelingt uns, und ich vertraue darauf, dass wir da gut zusammenarbeiten, dass wir gemeinsam dahinwirken, dass Albungen einen weiteren Schritt nach vorn tut. Dankeschön.“

Stv. Ludwig:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Sie haben gesehen, es waren nur 6. Ich bin der siebte, die Stadt hat sieben Stadtteile. Das was Albungen halb geschafft hat, haben wir gar nicht geschafft. Nachdem die Frist abgelaufen war, war es einer zu wenig. Es ist uns nicht gelungen, aber wir sollen nicht nach hinten gucken, wir müssen nach vorn schauen, und wir sind auch jetzt wieder ein gutes Team. Wir sind jetzt, wir haben das zusammen ausgearbeitet mit der Stadt selber, wir haben einen Stadtteilbeirat, wir haben am Dienstag konstituierende Sitzung. Wir haben jetzt wieder 7 Personen in unserem Stadtteilbeirat. Es sind 3 neue dazugekommen, es sind 4 alte da-beigeblichen, um einfach das umzukrempeln, dass wir etwas Jüngere reinbekommen, wenn man jetzt hier in die Runde reinschaut, es sind auch sehr viele jüngere dabei, weil jüngere Leute und Frauen haben ganz andere Ideen als die etwas älteren Herrschaften. Und wir müssen auch in dem Sinne auf unsere Jugend zugehen, um auch die Leute mit reinzukriegen, weil, wer weiß, was morgen ist. Ich selber bin schon mal Stadtverordneter gewesen. Ich war dann Außenstellenleiter, ich war Ortsvorsteher, jetzt bin ich wieder keiner, jetzt bin ich wieder Stadtverordneter, und wir versuchen alles Mögliche mit euch allen zusammen Oberhohne da zu halten und voranzubringen, wie wir es bis jetzt gemacht haben. Ich bin auf eure Hilfe angewiesen, ich arbeite gern mit euch zusammen, weil es macht auch Spaß, und ich habe auch noch nie irgendwo gehört, mit euch will ich nicht. Und das ist das Schöne an der ganzen Sache, die wir hier oben zusammenarbeiten. Wir arbeiten mit dem Magistrat zusammen, wir arbeiten mit der Stadt zusammen, genauso wie meine Kollegen auch. Nur so können wir was für die Stadtteile rausholen, weil die Stadt ohne Stadtteile ist genauso wie ohne umgedreht. Danke.“

Stv.-V. Hamp:

„Ja, meine Herren, vielen Dank für Ihre Worte, und es ist nichts hinzuzufügen. Ich bin mir sicher, wenn wir alle an einem Strang ziehen, alle in die gleiche Richtung, dann wird die Stadt, die ganze Stadt mit den Stadtteilen, vorankommen und sich entwickeln. Und auf unsere jungen Leute, ja, da müssen wir bauen, völlig richtig, wir Alten treten irgendwann ab, und dann gehört das Zepter den Jungen. Ich schließe jetzt den Tagesordnungspunkt 1.“

2. WAHL DER VERTRETERINNEN UND VERTRETER IN FOLGENDEN GREMIEN:
1. VERBANDSWASSERWERK MEISSNER - VERBANDSVERSAMMLUNG
 2. EKOM21 - KGRZ HESSEN - VERBANDSVERSAMMLUNG
 3. TOURISMUS-ZWECKVERBAND ESCHWEGE-MEINHARD - VERBANDSVERSAMMLUNG
 4. VORSTAND HOSPITAL ST. ELISABETH
 5. ERNEUERUNGSBEIRAT STADTTEIL HEUBERG
 6. BETRIEBSKOMMISSION BAUBETRIEBSHOF
 7. BETRIEBSKOMMISSION DES WASSERVERSORGUNGSBETRIEBS ESCHWEGE
 8. FRIEDHOFSAUSSCHUSS DER KREISSTADT ESCHWEGE
- 1 -
-

Stv.-V. Hamp:

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2, die Wahl der Vertreterinnen und Vertreter in die nachfolgenden Gremien, wie sie in der Tagesordnung benannt sind.

Die Punkte 7 und 8 hatten wir mit Ihrem Einverständnis ja getauscht. Es liegt zu den Punkten NEU 1 bis 7 ein gemeinsamer Wahlvorschlag vor. Wir werden gleichwohl nicht en bloc alle Wahlvorschläge auf einen Schlag nennen, sondern ich werde Punkt für Punkt benennen.

Ich beginne mit dem Verbandswasserwerk Meißner - Verbandsversammlung. Dort sind 4 Sitze zu begleiten, die sich zu gleichen Teilen auf CDU und SPD verteilen.

Als Mitglieder sind vorgeschlagen:

Andre Bechtum, Nachrücker Elisa Rabe
Marco Hahn, Nachrücker Ortwin Ludwig
Joachim Lorchheim, Nachrücker Alexander Feiertag
Jaqueline Stolle, Nachrücker Karl Montag

Bei den Stellvertretern:

Elisa Rabe, Nachrücker Lars-Henning Bartels
Ortwin Ludwig, Nachrücker Dr. Hans-Henning Peters
Thomas Reyer, Nachrücker Jörg Heinz
Gabriele Kniese, Nachrücker Ramiz Arifi

So, wie in Ihrer Tischvorlage benannt. Werden weitere Vorschläge unterbreitet? Das ist nicht der Fall. Wird geheime Abstimmung verlangt? Dann ist es nach der Gemeindeordnung zulässig, durch Handaufheben die Wahl durchzuführen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Beschluss zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für das Verbandswasserwerk Meißner - Verbandsversammlung:

Als Vertreterinnen und Vertreter für das Verbandswasserwerk Meißner - Verbandsversammlung werden gewählt:

Mitglieder:

Andre Bechtum, Nachrücker Elisa Rabe
Marco Hahn, Nachrücker Ortwin Ludwig
Joachim Lorchheim, Nachrücker Alexander Feiertag
Jaqueline Stolle, Nachrücker Karl Montag

stellvertretende Mitglieder:

Elisa Rabe, Nachrücker Lars-Henning Bartels
Ortwin Ludwig, Nachrücker Dr. Hans-Henning Peters
Thomas Reyer, Nachrücker Jörg Heinz
Gabriele Kniese, Nachrücker Ramiz Arifi

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2.2 „ekom21 - KGRZ Hessen - Verbandsversammlung. Dort ist eine Person zu benennen. Die CDU benennt Stefan Schneider als Mitglied und als Nachrücker Dennis Moneke. Als stellvertretendes Mitglied Dennis Moneke und Nachrücker Susanne Rüppel. Werden weitere Vorschläge unterbreitet? Das ist nicht der Fall. Wird geheime Abstimmung verlangt? Das ist auch nicht der Fall.“

Beschluss zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die ekom21 - KGRZ Hessen - Verbandsversammlung:

Als Vertreterinnen und Vertreter für die ekom21 - KGRZ Hessen - Verbandsversammlung werden gewählt:

Mitglieder:

Stefan Schneider, Nachrücker Dennis Moneke

stellvertretende Mitglieder:

Dennis Moneke, Nachrückerin Susanne Rüppel

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Kommen wir zum Unterpunkt 3, die Wahl zur Verbandsversammlung des Tourismus-Zweckverbandes. Hier sind Sitze für 7 Personen zu besetzen. Für die CDU 3, die FWG 1 und die SPD wieder 3 Sitze.

Zu Mitgliedern sind vorgeschlagen:

Michael Schmidt, Nachrücker Lars-Henning Bartels
Angelika Knapp-Lohkemper, Nachrückerin Elisa Rabe
Dr. Hans-Henning Peters, Nachrückerin Susanne Rüppel
Petra Strauß, Nachrücker Stefan Fiege
Thomas Reyer, Nachrücker Marcus Stolle
Joachim Lorchheim, Nachrücker Alexander Feiertag
Jochen Grüning, Nachrücker Jürgen Häcker

Die stellvertretenden Mitglieder und ihre Nachrücker:

Dennis Moneke, Nachrückerin Annegret Schröter
Annegret Schröter, Nachrücker Stefan Schneider
Dr. Manfred Bödicker, Nachrücker Jörg Rüppel
Petra Strauß, Nachrücker Jörg Heinz
Jaqueline Stolle, Nachrückerin Edina Hippe
Markus Claus, Nachrückerin Gabriele Kniese
Jürgen Häcker, Nachrückerin Sabine Theile

Werden noch andere Vorschläge unterbreitet? Nicht der Fall. Wir geheime Wahl gewünscht? Auch nicht der Fall. Dann bitte ich für die, die die Wahl so vornehmen wollen, um das Handzeichen.“

Beschluss zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für den Tourismus-Zweckverband - Verbandsversammlung:

Als Vertreterinnen und Vertreter für den Tourismus-Zweckverband - Verbandsversammlung werden gewählt:

Mitglieder:

Michael Schmidt, Nachrücker Lars-Henning Bartels
Angelika Knapp-Lohkemper, Nachrückerin Elisa Rabe
Dr. Hans-Henning Peters, Nachrückerin Susanne Rüppel
Petra Strauß, Nachrücker Stefan Fiege
Thomas Reyer, Nachrücker Marcus Stolle
Joachim Lorchheim, Nachrücker Alexander Feiertag
Jochen Grüning, Nachrücker Jürgen Häcker

stellvertretende Mitglieder:

Dennis Moneke, Nachrückerin Annegret Schröter
Annegret Schröter, Nachrücker Stefan Schneider
Dr. Manfred Bödicker, Nachrücker Jörg Rüppel
Petra Strauß, Nachrücker Jörg Heinz
Jaqueline Stolle, Nachrückerin Edina Hippe
Markus Claus, Nachrückerin Gabriele Kniese
Jürgen Häcker, Nachrückerin Sabine Theile

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Kommen wir nun zum Punkt 4. Da geht es um den Hospitalvorstand Hospital St. Elisabeth. Hier sind 2 Personen zu benennen. Die CDU und die SPD entsenden je 1 Mitglied.

Es ist vorgeschlagen als Mitglieder:

Angelika Knapp-Lohkemper, Nachrückerin Susanne Rüppel
Edina Hippe, Nachrückerin Jaqueline Stolle

Werden weitere Vorschläge unterbreitet? Ist nicht der Fall. Wird geheime Abstimmung gewünscht? Ist auch nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die der Wahl zustimmen wollen um ihr Handzeichen.“

Beschluss zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für den Hospitalvorstand Hospital St. Elisabeth:

Als Vertreterinnen und Vertreter für den Hospitalvorstand Hospital St. Elisabeth werden gewählt:

Mitglieder:

Angelika Knapp-Lohkemper, Nachrückerin Susanne Rüppel
Edina Hippe, Nachrückerin Jaqueline Stolle

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Der nächste Wahlgang betrifft den Erneuerungsbeirat des Stadtteils Heuberg. Hier bestimmt die Satzung, dass jede Fraktion ein Mitglied entsendet.

Somit haben wir als Mitglieder benannt:

Angelika Knapp-Lohkemper, Nachrücker Dr. Hans-Henning Peters
Ramiz Arifi, Nachrückerin Edina Hippe
Jürgen Häcker, Nachrückerin Sabine Theile
Lothar Dietrich, Nachrückerin Vanessa Grauer
Bernhard Gassmann, Nachrückerin Erika Rebbig-Kosir
Manfred Lister, Nachrückerin Jutta Thiele

Gibt es weitere Vorschläge? Wird geheime Wahl gewünscht? Beides nicht der Fall. Dann bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für den Erneuerungsbeirat Heuberg:

Als Vertreterinnen und Vertreter für den Hospitalvorstand Hospital St. Elisabeth werden gewählt:

Mitglieder:

Angelika Knapp-Lohkemper, Nachrücker Dr. Hans-Henning Peters
Ramiz Arifi, Nachrückerin Edina Hippe
Jürgen Häcker, Nachrückerin Sabine Theile
Lothar Dietrich, Nachrückerin Vanessa Grauer
Bernhard Gassmann, Nachrückerin Erika Rebbig-Kosir
Manfred Lister, Nachrückerin Jutta Thiele

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Jetzt kommen wir zu dem Punkt „Betriebskommission Baubetriebshof“. Da sind 7 Sitze zu benennen. Die CDU mit 3, die FWG mit 1 und die SPD mit 3 Sitzen.

Zu Mitgliedern vorgeschlagen sind:

Dr. Manfred Bödicker, Nachrückerin Angelika Knapp Lohkemper
Michael Schmidt, Nachrücker Jörg Rüppel
Susanne Rüppel, Nachrückerin Leonie Bierent
Jörg Heinz, Nachrücker Stefan Fiege
Thomas Reyer, Nachrücker Marcus Stolle
Gabriele Kniese, Nachrückerin Petra Strauß
Andreas Hölzel, Nachrücker Jürgen Häcker

Und die stellvertretenden Mitglieder und ihre Nachrücker:

Klaus Wolf, Nachrücker Claus Hamp
Annegret Schröter, Nachrücker Ortwin Ludwig
Lars-Henning Bartels, Nachrückerin Leonie Bierent
Karl Montag, Nachrücker Alexander Feiertag
Edina Hippe, Nachrücker Markus Claus
Joachim Lorchheim, Nachrücker Ramiz Arifi
Jürgen Häcker, Nachrücker Jochen Grüning

Werden aus der Mitte der Versammlung weitere Vorschläge unterbreitet? Das ist nicht der Fall. Wird geheime Wahl begehrt? Auch das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, wer dieser Wahl so zustimmen mag, um das Handzeichen.“

Beschluss zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für die Betriebskommission Baubetriebshof:

Als Vertreterinnen und Vertreter für die Betriebskommission Baubetriebshof werden gewählt:

Mitglieder:

Dr. Manfred Bödicker, Nachrückerin Angelika Knapp Lohkemper
Manfred Lister, Nachrücker Jörg Rüppel
Susanne Rüppel, Nachrücker Leonie Bierent
Jörg Heinz, Nachrücker Stefan Fiege
Thomas Reyer, Nachrücker Marcus Stolle
Gabriele Kniese, Nachrückerin Petra Strauß
Andreas Hölzel, Nachrücker Jürgen Häcker

stellvertretende Mitglieder:

Klaus Wolf, Nachrücker Claus Hamp
Annegret Schröter, Nachrücker Ortwin Ludwig
Lars-Henning Bartels, Nachrückerin Leonie Bierent
Karl Montag, Nachrücker Alexander Feiertag
Edina Hippe, Nachrücker Markus Claus
Joachim Lorchheim, Nachrücker Ramiz Arifi
Jürgen Häcker, Nachrücker Jochen Grüning

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Kommen wir nun zur Besetzung des Friedhofsausschusses der Kreisstadt Eschwege. Hier sind 3 Personen zu wählen, die sich verteilen auf die Fraktion der CDU, der SPD und FWG mit je 1 Sitz. Und es freut mich, dass auch schon so junge Eschweger Anteil nehmen an unserer Versammlung. Ich lese vor:

Zu Mitgliedern:

Annegret Schröter, Stellvertreterin Susanne Rüppel
Gabriele Kniese, Stellvertreter Thomas Reyer
Jürgen Häcker, Stellvertreter Jochen Grüning

Werden aus der Mitte der Versammlung weitere Vorschläge unterbreitet? Das ist nicht der Fall. Wird geheime Abstimmung begehrt? Auch das ist nicht der Fall. Dann bitte ich, wer die Wahl so vollziehen will, um das Handzeichen.“

Beschluss zur Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für den Friedhofsausschuss der Kreisstadt Eschwege:

Als Vertreterinnen und Vertreter für den Friedhofsausschuss der Kreisstadt Eschwege werden gewählt:

Mitglieder:

Annegret Schröter, Stellvertreterin Susanne Rüppel
Gabriele Kniese, Stellvertreter Thomas Reyer
Jürgen Häcker, Stellvertreter Jochen Grüning

Einstimmig beschlossen.

Stv.-V. Hamp:

„Kommen wir jetzt zur Wahl der Betriebskommission des Wasserversorgungsbetriebes Eschwege. Hier liegt ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen und damit aller Stadtverordneten nicht vor. Wir haben jetzt für die Wahl der Mitglieder der Betriebskommission des Wasserversorgungsbetriebes Eschwege einen Wahlvorschlag, bestehend aus dem Stimmzettel, den Sie dann ausgehändigt bekommen werden. Bevor wir die Wahl einleiten, bräuchte ich Wahlhelfer. Gibt es ein Problem damit, wenn das die Damen des Innendienstes machen? Frau Lenke, darf ich Sie bitten? Dankeschön. Wird ein weiterer Wahlhelfer aus den Fraktionen gewünscht? Dann bitte ich um einen Vorschlag. Ist nicht der Fall.

Wir haben einen Vorschlag der CDU, Annegret Schröter, Ortwin Ludwig, Lars-Henning Bartels, Elisa Rabe, Dennis Moneke, Jörg Rüppel.

Sodann einen Vorschlag der SPD, Petra Strauß, Gabriele Kniese, Thomas Reyer, Joachim Lorchheim, Karl Montag, Markus Claus.

Die FWG Eschwege nominiert Jürgen Häcker, Jochen Grüning, Andreas Hölzel.

Die Linke schlägt vor Bernhard Gassmann, Erika Rebbig-Kosir.

Die FDP nominiert Manfred Lister und Jutta Thiele.

Das wären die Mitglieder.

Die stellvertretenden Mitglieder werden wie folgt vorgeschlagen:

Seitens der CDU Elisa Rabe, Dennis Moneke, Jörg Rüppel, Claus Hamp, Michael Schmidt, Angelika Knapp-Lohkemper.

Die SPD schlägt zu Stellvertretern zu wählen vor Stefan Fiege, Jörg Heinz, Alexander Feiertag, Marcus Stolle, Edina Hippe, Ramiz Arifi.

Die FWG Eschwege benennt in die Wahl zu Vertretern Jochen Grüning und Andreas Hölzel.

Die Linke schlägt vor Lothar Dietrich, Vanessa Grauer.

Die FDP nominiert Jutta Thiele.

Wir geben jetzt die Wahlzettel aus und bitten Sie, die Wahl in der Wahlkabine zu vollziehen. Wir haben das alphabetische Verzeichnis. Ich bitte Sie in der Reihenfolge, wie ich jetzt vorlese, nach vorn zu kommen. Ich brauche es Ihnen nicht zu erzählen, mache es aber trotzdem. Es sind formell zwei Wahlen, die Mitglieder und die Stellvertreter. Sie dürfen den Vorschlag ankreuzen, wenn Sie mehrere Vorschläge ankreuzen, machen Sie Ihren Stimmzettel ungültig, und Ihre Stimme ginge verloren.

Beginnen wir mit der Wahlhandlung. Begeben Sie sich vertrauensvoll zu Frau Lenke. Ich rufe ohne Anrede auf, nur mit den Namen.“

Die Wahlhandlung wird durchgeführt.

Stv.-V. Hamp:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen zur Auszählung aus Ihrer Mitte Helfer zum Auszählen haben. Und wenn es keine Freiwilligen gibt, müssen das die Fraktionsvorsitzenden machen.“

Herr Schneider, Herr Häcker, Herr Arifi, Herr Lister, ich denke, wir haben Freiwillige genug. Danke schön.“

Es erfolgt die Auszählung der Stimmergebnisse.

Stv.-V. Hamp:

„Meine Damen und Herren, wir haben ein Ergebnis. Es sind 37 Stimmen abgegeben worden. Alle Stimmen sind gültig.“

Mit diesen gültigen Stimmen sind gewählt worden:

Von der CDU Annegret Schröter, Ortwin Ludwig, Lars-Henning Bartels.

Von der SPD Petra Strauß, Gabriele Kniese.

Von der FWG Jürgen Häcker.

Von der Linken Bernhard Gassmann.

Ich beglückwünsche Sie zum Wahlergebnis und wünsche Ihnen Kraft und eine glückliche Hand.

Kommen wir nun zur Wahl der stellvertretenden Mitglieder der Betriebskommission des Wasserversorgungsbetriebes Eschwege. Auch hier gilt es wieder, dass... bitte, Herr Gassmann?“

Stv. Gassmann spricht vom Platz aus:

„Ich würde gern das Wahlergebnis hören, und zwar was die Stimmenzahl angeht.“

Stv.-V. Hamp:

„Können wir gern machen.“

Auf den Vorschlag der CDU entfielen 16 Stimmen, auf den der SPD 13, auf den der FWG 3, auf den der Linke 4, auf den der FDP 1. Die Unterlage wird ohnehin zu den Protokolldokumenten genommen.

Fahren wir fort mit der Wahl der stellvertretenden Mitglieder der Betriebskommission des Wasserversorgungsbetriebes Eschwege. Analog eben der Wahl der Mitglieder auch hier bitte nur einen Wahlvorschlag ankreuzen. Kreuzen Sie mehr an, wird Ihre Stimme ungültig und damit ohne Gewicht.

Ich darf die Parteien jetzt abkürzen, von der CDU sind nominiert Elisa Rabe, Dennis Moneke, Jörg Rüppel, Claus Hamp, Michael Schmidt, Angelika Knapp-Lohkemper.

Von der SPD Stefan Fiege, Jörg Heinz, Alexander Feiertag, Marcus Stolle, Edina Hippe, Ramiz Arifi.

Von der FWG Jochen Grüning, Andreas Hölzel.

Von der Linken Lothar Dietrich, Vanessa Grauer.

Von der FDP Jutta Thiele.

Ich bitte Sie, wieder nach Aufruf zur Stimmzettelempfangs- und anschließenden Wahlhandlung nach vorn zu kommen.“

Die Wahlhandlung wird durchgeführt.

Stv.-V. Hamp:

„Ich bitte, aus Ihrer Mitte Wahlhelfer zum Auszählen der Stimmen zur Verfügung zu stellen. Freiwillige reichen mir völlig aus. Freiwillige Wahlhelfer sind Herr Stefan Schneider und Herr Jürgen Häcker sowie Herr Ramiz Arifi und Frau Jutta Thiele.“

Die Stimmen werden ausgezählt.

Stv.-V. Hamp:

„So, wir haben das Ergebnis der Wahl, das gebe ich Ihnen hiermit bekannt.

Es sind 37 Stimmen abgegeben worden, sie waren alle gültig.

Auf den Vorschlag der CDU entfielen 15 Stimmen, auf den der SPD 13, auf den der FWG 3 Stimmen, auf den der Linken 4 Stimmen und auf den der FDP 2 Stimmen. Folgende Personen werden zu stellvertretenden Mitgliedern der Betriebskommission des Wasserversorgungsbetriebs Eschwege gewählt:

Frau Elisa Rabe
Herr Dennis Moneke
Herr Jörg Rüppel
Herr Stefan Fiege
Herr Jörg Heinz
Herr Jochen Grüning
Herr Lothar Dietrich

Auch Ihnen danke ich für Ihre Bereitschaft, sich zur Wahl zu stellen und wünsche Ihnen, wenn Sie in die Kommission gehen müssen, alle Kraft und Glück, was man für diese Position braucht und beglückwünsche Sie zu diesem Amt.

Dann schließe ich den Tagesordnungspunkt 2 und leite über zum Tagesordnungspunkt 3 „Besetzung des Kuratoriums der Eschweger Stadtstiftung“. Berichterstatter ist Herr Bürgermeister Heppe. Herr Heppe, bitte sehr.“

3. BESETZUNG DES KURATORIUMS DER ESCHWEGER STADTSTIFTUNG

- 1 -

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich denke, das können wir relativ kurz machen. Sie haben zu diesem Punkt eine Tischvorlage erhalten. 4 Mitglieder, die bereits in der vergangenen Legislaturperiode dem Kuratorium der Stadtstiftung angehört haben, haben erklärt, dass sie für eine weitere Mitarbeit zur Verfügung stehen. Es handelt sich dabei namentlich um Gerd

Hoßbach, Rotraut Sänger, Bärbel Eisfeld und Heidrun Münkkel. Und darüber hinaus für 2 weitere Plätze, die durch dieses Gremium zu besetzen sind, wurden uns im Vorfeld nach einer interfraktionellen Abstimmung Namen genannt, nämlich Harald Aschenbrenner und Knut John. Das siebte und damit abschließende Mitglied des Gremiums ist nach den Statuten der Stadtstiftung auf Vorschlag der Energienetz Mitte GmbH durch Sie als Stadtverordnete zu berufen. Dort wird vorgeschlagen Herr Armin Schülbe. Es handelt sich dabei gemäß § 55 insgesamt um eine Wahl, die durchgeführt wird vom Stadtverordnetenvorsteher. Vielen Dank."

Keine Wortmeldungen.

Stv.-V. Hamp:

„Danke, Herr Bürgermeister. Werden andere Vorschläge aus der Mitte unterbreitet? Wird die Aussprache gewünscht? Wird geheime Wahl gewünscht? Das ist alles nicht der Fall.

Dann lese ich den Beschlussvorschlag entsprechend Ihrer Tischvorlage nochmal vor:

1. Es werden folgende 6 Kuratoriumsmitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung gem. § 55 Abs. 3 und 4 HGO gewählt:

Herr Gerd Hoßbach

Frau Rotraut Sänger

Frau Bärbel Eisfeld

Frau Heidrun Münkkel

Herr Harald Aschenbrenner

Herr Knut John

2. Auf Vorschlag der Energienetz Mitte GmbH wird Herr Armin Schülbe als Kuratoriumsmitglied für die Eschweger Stadtstiftung für die Dauer der laufenden Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung berufen.

Wer diesem Beschluss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

1. Es werden folgende 6 Kuratoriumsmitglieder durch die Stadtverordnetenversammlung gem. § 55 Abs. 3 und 4 HGO gewählt:

Gerd Hoßbach

Rotraut Sänger

Bärbel Eisfeld

Heidrun Münkkel

Harald Aschenbrenner

Knut John

2. Auf Vorschlag der Energienetz Mitte GmbH wird Herr Armin Schülbe als Kuratoriumsmitglied für die Eschweger Stadtstiftung für die Dauer der laufenden Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung berufen.

Einstimmig beschlossen.

**4. BEBAUUNGSPLAN NR. 41.5 (EINZELHANDELSREGELUNG „GEWERBEGEBIET HESSENRING“)
ÄNDERUNG DER BEBAUUNGSPLÄNE NR. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 UND 137; SATZUNGSBESCHLUSS
- 41 -**

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. In der Tat, der Bebauungsplan Nr. 41.5 Gewerbegebiet Hessenring, Einzelhandelsfestlegung, ist hinlänglich bekannt, wurde mehrfach bereits in den städtischen Gremien erörtert. Wir haben eine Auslegung jetzt noch einmal durchgeführt. Es sind letzte Stellungnahmen eingegangen, die wie folgt behandelt werden. Eine Stellungnahme sah noch einmal vor, dass man in Bezug auf Grundwasserschutz und Wasserversorgung die Untere Wasserbehörde noch einmal mit einbezieht. Aber da sich hier bei der getroffenen Einzelhandelsregelung, etwas anderes tun wir ja hier nicht in dem B-Plan, sich keine Auswirkungen auf Belange des Grundwasserschutzes ergeben, erübrigt sich hierbei eine Beteiligung. Das ist auch so abgestimmt und zu Punkt B, da geht es um das bekannte Grundstück einer Brandruine, da werden wir die Eigentümerin noch einmal darüber informieren, dass bei ggf. anstehenden Abbrucharbeiten des Restgebäudebestandes eine gutachterliche Begleitung und Dokumentation erforderlich ist, um mögliche Altlasten an der Stelle dann entsprechend auch ausschließen zu können. Das haben wir jetzt noch entsprechend mit berücksichtigt und nachdem wir nun eine frühzeitige Beteiligung hatten und auch die Auslegung und alles weitere erfolgt ist, würde ich mich freuen, wenn wir diesen Bebauungsplan dann nun heute als Satzung auf den Weg bringen können. Vielen Dank.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

- a) Die im Rahmen der Beteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vom Regierungspräsidium Kassel - Grundwasserschutz, Wasserversorgung, Altlasten, Bodenschutz zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 41.5 (Einzelhandelsregelung „Gewerbegebiet Hessenring“), Änderung der Bebauungspläne Nr. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 und 137 vorgebrachten Anregungen werden, wie in der Vorlage im Einzelnen begründet, berücksichtigt bzw. zurückgewiesen.
- b) Die im Rahmen der frühzeitigen Bürger- und Trägerbeteiligung in Anlage 3 aufgeführten Anregungen werden, wie dort im Einzelnen begründet, berücksichtigt bzw. zurückgewiesen.
- c) Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 41.5 (Einzelhandelsregelung „Gewerbegebiet Hessenring“), Änderung der Bebauungspläne Nr. 41.1, 41.2, 41.3, 41.4, 125 und 137, siehe Anlage 1, wird als Satzung beschlossen.

Einstimmig beschlossen.

**5. ANPASSUNG DER NUTZUNGSENTGELTE FÜR DIE DORFGEMEINSCHAFTS-HÄUSER
- 43 -**

Bgm. Heppe:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch das ist ein Punkt, der die Gremien oder insbesondere den Magistrat schon länger beschäftigt hat. Wir als Magistrat haben schon vor geraumer Zeit die Verwaltung damit beauftragt, eine Anpassung der Nutzungsentgelte für

die DGH's zu prüfen. Das wurde dann so gemacht, dass man die Auslastungen der Einrichtungen zusammengestellt hat, dass man einen Vergleich unserer städtischen Nutzungsentgelte mit denen anderer Kommunen angestellt hat und man auch geschaut hat, gibt es vielleicht noch andere Betreibermodelle, die dort in Erwägung gezogen werden können. Das Ganze wurde zwischen Verwaltung/Verwaltungsführung als auch im Magistrat dann mehrfach erörtert und nachdem wir seit dem Jahr 2004 keine Anpassung der Nutzungsentgelte mehr hatten, sehen wir uns jetzt gehalten, hier eine moderate Erhöhung der Nutzungspauschalen um 20 % Ihnen vorzuschlagen. Damit wir dann künftig nicht immer wieder in vertiefte Diskussionen darüber gehen, wollen wir etwas machen, was in anderen Satzungen hessenweit inzwischen auch erfolgreich eingesetzt wird, dass man eine Indexklausel mit einführt, dass man also sagt, die Entgelte orientieren sich am Preisindex, es wird alle 3 Jahre überprüft, so dass man es, grob gesagt, ist nicht ganz richtig, aber sozusagen inflationsbereinigt, die entsprechenden Nutzungsentgelte. Es hat eine Anhörung entsprechend § 82 Abs. 3 HGO der Ortsbeiräte stattgefunden. Dort gab es dann noch diverse Anregungen, die sich auf einzelne Dorfgemeinschaftshäuser und deren Eigenheiten bezogen, dort wo man Räume teilen kann, wo man deswegen auf andere Entgelte dann entsprechend zurückgreifen soll. Das finden Sie alles umfangreich ausformuliert sowohl in den Spiegelstrichen auf der zweiten Seite der Vorlage als auch dann ausformuliert im vollständigen Satzungstext. Der Magistrat empfiehlt Ihnen hier, die 3. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Gemeinschaftseinrichtungen der Kreisstadt Eschwege zu beschließen.“

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die 3. Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Gemeinschaftseinrichtungen der Kreisstadt Eschwege wird beschlossen.

Mit 36 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme beschlossen.

6. ANTRAG DER CDU-, FWG- UND FDP-STV.-FRAKTION BETREFFEND PILOTPROJEKT ARBEITNEHMER- UND PENDLERFREUNDLICHE ÖFFNUNGSZEITEN IM RATHAUS

- 1 -

Stv. S. Schneider:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Ich spreche für die Koalition zu dem Antrag „Pilotprojekt arbeitnehmer- und pendlerfreundliche Öffnungszeiten im Rathaus“. Meine Damen und Herren, ich stelle erstmal fest, Eschwege ist eine Pendlerstadt, die Zeitungen haben schon öfter darüber berichtet, wer morgens und abends den Stadtbahnhof betrachtet oder auch nur unsere Ein- bzw. Ausfallstraßen, der kriegt ein lebendiges Bild davon. Darüber hinaus kennen wir ja unsere Mitmenschen, und selbst wenn ich hier in die Reihen gucke, ich finde einige. Ich möchte auch erstmal danke sagen den Menschen, die uns als Stadt die Treue halten und das Pendeln auf sich nehmen. Ich hatte heute Morgen mal die Zahl errechnet. Wenn jemand jeden Tag eine Stunde zur Arbeit fährt und eine Stunde zurück, der verbringt weit über einen Monat im Auto. Es ist eigentlich fast zu traurig, um das zu sagen. Ab und an muss aber jeder, und zwar nicht nur der Pendler, mal auf das Rathaus. Unser Einwohnermeldeamt, das Standesamt und die Infozentrale dürften, ich glaube, das stößt auf keinen Widerspruch, die höchste Kundendichte haben. Was macht der Pendler? Der hat dann ein Problem. Der hat nicht die Chance, mal seine Mittagspause so ein bisschen zu dehnen, zu verlegen, der kommt überhaupt nicht in das Rathaus zu den Öffnungszeiten. Da gibt es die Variante, vielleicht kann er Überstunden abbauen oder kriegt von seinem Arbeitgeber auch so einen Verwaltungstag. Wenn er das nicht bekommt, muss er mindestens einen halben Tag Urlaub nehmen, um einen neuen Pass oder auch nur einen Personalausweis zu beantragen. Viele Bürger, das sehen wir, versuchen deswegen den langen Donnerstag, den berühmten Dienstleistungsdonnerstag mitzunehmen, um das zu erledigen und in

den letzten Monaten hat das auch, es ist berichtet worden, dazu geführt, dass unsere Mitarbeiter unten, gerade im Einwohnermeldeamt, weit über die Öffnungszeiten hinaus dann noch die Kunden abgearbeitet haben, also eine Nachfrage ist da. Wir wollen das ändern, meine Damen und Herren. Eschwege hat eine Chance auch als Pendlerstadt. Wir wollen Einwohner halten, die in Göttingen, in Kassel etc. arbeiten. Wir wollen diese Einwohner gewinnen, und deswegen wollen wir auch pendlerfreundlicher werden. Und wir wollen das, was wir heute Abend auf den Weg bringen, natürlich nicht für die Pendler machen, es gibt auch Menschen, die in Eschwege arbeiten, aber einfach so Arbeitszeiten haben oder am Arbeitsplatz so gebunden sind, dass sie zu den normalen Öffnungszeiten nicht auf das Rathaus kommen. Deswegen wollen wir hier heute Abend den Kick-Off eines Pilotprojekts machen, um besser zu werden. Erstmal brauchen wir glaube ich die Analyse des Ist-Zustandes, ich denke, das dürfte einfach sein, das kann die Verwaltung liefern, und dann müssen Angebote geschaffen werden. Da gäbe es verschiedene Möglichkeiten. Die erste wäre, einen zweiten langen Tag, also sprich nochmal in die Abendstunden, zu öffnen, die andere wäre, auch mal ganz früh morgens zu öffnen, ich glaube irgendwo Limburg oder so versucht das gerade oder die dritte wäre, zum Beispiel das Wochenende zu nutzen. Einen bestimmten Samstag zum Beispiel in einem engen Korridor, ich sage jetzt mal ins Blaue gesprochen, der erste Samstag immer von 10 bis 12 Uhr oder von 10 bis 13 Uhr. Da gibt es auch Erfahrungswerte von anderen Städten, und wir müssen gucken, wie wir das machen können.

Meine Damen und Herren, das Ganze soll natürlich, und das hat der Herr Sagawe in seinem Kommentar ja auch schon dankenswerter Weise uns vorweg genommen, nicht heißen, dass wir die Öffnungszeiten an sich erweitern wollen, das können wir uns, mit Blick auf den Haushalt nicht leisten, das würde neue Stellen mit sich bringen. Das heißt, wir müssen an einer anderen Stelle das Angebot dann auch einschränken und ich denke, da wird uns ein Blick auf die Statistik auch helfen, zu gucken, welche Tage werden nicht nachgefragt und an denen ist dann halt mal zu. Meine Damen und Herren, neben dem Meldewesen, über das ich bis jetzt gesprochen habe, ist natürlich auch die Frage, können sich junge Paare an einem Samstag in Eschwege trauen lassen. Und ich glaube, das ist etwas, was wir den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt auch gern ermöglichen würden. Das ist auch nichts grundlegendes Neues. Viele andere Kommunen bieten diesen Service schon an. Wie kommen wir dazu? Wir treffen ja jetzt eine Entscheidung, die dann auch die Mitarbeiter des Rathauses betrifft. Ich denke, der Weg wird jetzt sein, dass der Magistrat nach dem Beschluss die Mitarbeiter mit einbezieht, mit der Mitarbeitervertretung redet und sagt, wir wollen das jetzt mal probieren, wir wollen es auch evaluieren, und wenn wir Erfahrungswerte vorliegen haben, dann müssen wir diskutieren und entscheiden, wie wir weiter damit umgehen. Wir möchten diese Debatte weiter auch nutzen, beim Magistrat, weil das ist seine Sache, mal die Anregung zu hinterlegen, ob man mit den Gedanken, die wir uns jetzt gerade machen, die so genannte Service-Ebene des Rathauses in diesem Zusammenhang nicht auch umstricken könnte. Die 3 genannten Bereiche haben andere Städte, andere Gemeinden schon lange zusammengeführt, das Ganze nennt sich dann meistens Bürgerbüro. Sprich, egal was ich für ein Anliegen habe, ich habe einen zentralen Ansprechpartner. Wir finden, das wäre auch für Eschwege eine nachdenkenswerte Idee.

Wo ich jetzt schon mal hier vorn bin, möchte ich diesen Tagesordnungspunkt nutzen, mich mal ganz herzlich bei den Mitarbeitern der Verwaltung zu bedanken. Nicht nur bei denen, die uns hier als Stadtverordnete betreuen, ich verspreche, das wird jetzt auch wieder ruhiger, sondern beim ganzen Haus. Sie alle machen einen tollen Job, eine tolle Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger in Eschwege. Wir wollen heute den Anstoß geben, den guten Service für die Eschwegerinnen und Eschweger noch ein klein wenig zu optimieren. Wir wollen es nicht über die Köpfe der Mitarbeiter hinwegmachen, sondern gemeinschaftlich im guten Dialog. Und wir glauben, das geht mit unserem Antrag so ganz gut, und deswegen möchten wir Sie bitten, vorlagegemäß uns zu folgen. Vielen Dank.“

Stv. Feiertag:

„Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Stadtverordnetenvorsteher, soviel Zeit muss sein.

Ja, meine Damen und Herren, Bürgerfreundlichkeit ist für uns auch ein hohes Prinzip. Nicht nur für Pendler, sondern auch unser Interesse ist es, die Öffnungszeiten im Rathaus und das Rathaus möglichst bürgerfreundlich zu gestalten. Wir finden den Antrag jedoch, Pilotprojekt steht so ein bisschen im Mittelpunkt als Wort des Ganzen, auch dem Wort „Pilotprojekt“ gegenüber ein bisschen zu kurz

gegriffen und im Prinzip nicht zu Ende gedacht. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, auch die genannten Stichworte Bürgerbüro oder Bürgeramt gibt es natürlich in anderen Städten und man muss im Internet mal ein bisschen recherchieren, das haben wir mal gemacht, ich will das gar nicht weiter ausführen, Kassel, Baunatal, Melsungen, Fulda usw. die haben dezidierte Erfahrungen damit gemacht und unser Vorschlag wäre tatsächlich auch, da mal das Gespräch zu suchen und zu gucken, also gerade auch im Hinblick, wie kann man sachlich, vernünftig mit den Mitarbeitern reden. Da im Hinblick mal sozusagen die Erfahrungen abzufragen.

Was natürlich auch geklärt werden muss, Herr Schneider hat es auch so ein bisschen angesprochen, aber worauf wir ganz großen Wert legen, sind, dass Arbeitnehmerrechte da an der Stelle nicht verletzt werden und da muss natürlich der Betriebsrat mit einbezogen werden. Wir wissen das aus der Vergangenheit, das ist nicht einfach, es gibt da ein sehr enges Korsett, was Öffnungszeiten usw. betrifft, das muss geklärt und abgefragt werden und auch ein ganz wesentlicher Punkt, Herr Schneider hat es in seinen mündlichen Ausführungen auch so ein bisschen, in Papier steht es nicht, gesagt, man muss es natürlich mit den Mitarbeitern machen. Ein ganz, ganz wesentlicher Punkt und nicht gegen die Mitarbeiter, nicht von oben herab bestimmen, sondern man muss ein Konzept mit den Mitarbeitern erarbeiten. Das ist uns ganz wichtig, das muss an der Stelle natürlich da auch drin stehen.

Kostenstruktur ist eine Frage, wir wissen, der Haushalt ist zwar konsolidiert, aber wir können nicht aus dem Vollen leben, wir müssen auch da gucken, dass wir im Kostenrahmen bleiben, also die Kostenstruktur ist im Antrag zumindest nicht beschrieben und ist zu erarbeiten an der Stelle. Ist zusätzliches Personal notwendig oder kann man das mit vorhandenem Personal machen? Kann man irgendwas verschieben, auch im Rahmen der Arbeitszeiten? Das sind Dinge, die geklärt werden müssen. Ich bin da mal vorsichtig mit solchen Verschiebungen, wenn man was in den Feierabend verschiebt, gibt es da wie gesagt Arbeitnehmerrechte, die da möglicherweise entgegenstehen. Das sind viele, viele Fragen, die müssen an der Stelle geklärt werden. Und deshalb sind wir mit dem Wort „Pilotprojekt“ nicht einverstanden, sondern wir würden das eigentlich gern dahingehend treiben, dass wir ein Konzept vom Magistrat, von der Verwaltung fordern, wo sozusagen die Fragen, also wo beschrieben wird, ganz dezidiert, was sozusagen passieren soll und wo die Fragen, die ich eben mal angedeutet habe, es gibt noch eine ganze Reihe mehr, tatsächlich auch dezidiert abgearbeitet werden. Also, es geht uns um ein Konzept. In einem Konzept muss natürlich, oder gibt es zwei Dinge im Wesentlichen, ich will es nicht zu weit treiben jetzt, es gibt zwei Dinge, die im Wesentlichen in das Konzept mit einfließen müssen. Das Eine sind Erfahrungen, die im Rathaus tatsächlich auch gemacht wurden. Es gab in der Vergangenheit diverse Vorstöße. Ich kann mich schon zu Zeiten Bürgermeister Zick daran erinnern, dass immer wieder versucht wurde, tatsächlich auch die Öffnungszeiten zu erweitern. Das Rathaus, da ist ja auch die Serviceebene damals unten geschaffen worden, das Rathaus umzustrukturieren, die Erfahrungen, die hier im Haus gemacht wurden, sind da einfach nochmal mit abzufragen und einzuarbeiten. Ich weiß auch, das ist noch nicht so lange her, dass der Samstag für das Standesamt, das ist natürlich ein Drama, wir haben das ganz oft auch bei uns im E-Werk die Anfrage, Heiraten Samstags, Samstags ist das Standesamt geschlossen, das ist ein Ärgernis aber ich weiß, dass auch da gute Gründe dagegen sprachen im Standesamt, und Herr Heppe wird es wahrscheinlich auch wissen, die den Samstag nicht zugelassen haben bis jetzt, das muss also auch geklärt werden. Und der zweite ganz wichtige Punkt, der in so ein Konzept mit einfließen muss, der auch noch gar nicht angesprochen worden ist, ist natürlich die Homepage der Stadt Eschwege. Weil, gerade wenn es um Menschen geht, die möglicherweise nicht zu Öffnungszeiten ins Rathaus oder nur knapp ins Rathaus kommen, über die Homepage, meine Damen und Herren, der Stadt Eschwege könnte, wie das in anderen Kommunen auch der Fall ist, vieles an Dienstleistungen tatsächlich abgearbeitet werden oder angeboten werden, die im Rathaus dann natürlich auch persönlich, die Homepage muss besser werden an der Stelle, das muss in das Konzept natürlich auch mit rein.

Das war es eigentlich, was wir da so an Anregungen nochmal mitgeben wollten. So würden wir dem Antrag nicht zustimmen. Wir fordern, was die Öffnungszeiten und was Umstrukturierung und Bürgerfreundlichkeit betrifft, ein klares Konzept, wo drin steht, was passieren soll, wo die Probleme drin abgearbeitet sind und nicht vollmundig ein Pilotprojekt, sondern wir wollen ein fundiertes Konzept an der Stelle. Danke.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, liebe Kollegen. Kollege Feiertag, wir sind nicht weit auseinander. Nur wir gehen jetzt erstmal davon aus, dass, wenn wir dem Magistrat den Auftrag geben, das auf den Weg zu bringen, dass er dann natürlich auch ein Konzept erarbeitet. Der Magistrat kriegt jetzt von uns einen Arbeitsauftrag, das umzusetzen. Meint ihr denn, die machen das jetzt einfach mal so frei Hand?“

Bemerkungen aus der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Schneider:

„Ich glaube, das ist mal wieder so ein bisschen die Frage, ob man dem Magistrat zutraut, einen Arbeitsauftrag auch umzusetzen und alles, was jetzt vorgetragen würde, das kann man ja komplett unterschreiben, es sind ja auch absolut bekannte Probleme, und es ist natürlich klar, dass das nur mit dem Betriebsrat der Mitarbeitervertretung geht, deswegen sehe ich da keinen Dissens, die Frage ist nur, ob wir jetzt sozusagen nochmal reinschreiben sollen, der Magistrat muss das erst aufschreiben, uns vorlegen, oder ob wir ihm zutrauen, dass der Magistrat das von sich aus genauso nach der Maßgabe kann. Und ich glaube, so können wir auch fungieren, weil wir trauen es dem Magistrat zu, dass die das so hinbekommen. Vielen Dank.“

Stv. Feiertag:

„Ja Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, vielen Dank. Nur eine kurze Anmerkung dazu. Also hier steht drin 1. Durchführung dieses Pilotprojektes, also machen sozusagen, und dann steht drin 2. Was denn machen, steht gar nicht genau hier drin, es steht drin Pilotprojekt durchführen. Wir wollen ein Konzept für dieses Machen haben, darum geht es. Hier steht drin Öffnungszeiten erweitern, steht gar nicht drin wie, steht nichts vom Betriebsrat drin, steht auch nichts von Problematiken drin. Und im zweiten Schritt dann sozusagen, nachdem man das gemacht hat, die Erfahrungen im Haupt- und Kulturausschuss vorstellen. Die Erfahrungen, das ist der zweite Punkt, im Haupt- und Kulturausschuss vorstellen. Wir wollen es andersrum. Wir wollen ein Konzept, was man dann im Haupt- und Kulturausschuss sozusagen beraten kann und dann kann man dem auch zustimmen.“

Stv. Hölzel:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Herr Schneider hat es eben gesagt, Herr Feiertag, wir sind gar nicht so weit weg. Nur dass wir das Ganze zunächst erstmal Pilotprojekt nennen, mit dem Einzelnen arbeitnehmer- und pendlerfreundlich zu sein, und Sie wollen von vornherein ein Konzept haben, um arbeitnehmer- und pendlerfreundlich zu sein. Das ist offensichtlich ein Streitpunkt, aber ich meine, das ist eine Wortklauberei. Wenn wir in diesem gemeinsamen Antrag reingeschrieben haben, dass unsere Hoffnung ist, arbeitnehmer- und pendlerfreundlich sein zu wollen in der Verwaltung, und über die Öffnungszeiten unter anderen sinnieren und nachdenken wollen, dann sind wir da tatsächlich weit weg, von dem, was Sie offensichtlich jetzt schon wollen, nämlich ein Konzept. Wir wollen dieses Konzept erst gemeinsam erarbeiten und nicht, so wie Sie offenbar, ein Konzept vorlegen, Vogel friss oder stirb. Das nicht. Doch, offensichtlich schon. Denn wir wollen ein Konzept erst erarbeiten mit allen gemeinsam und beauftragen diesbezüglich den Magistrat. Weil das ist eine Wortklauberei. Und der Vorwurf, dieser Antrag sei nicht zu Ende gedacht, ist völlig daneben. Natürlich ist dieser Antrag insofern zu Ende gedacht, als dass wir pendler- und arbeitnehmerfreundlich sein wollen. Und wie wir dieses jetzt umsetzen, das soll erarbeitet werden. Genau. Aber gemeinsam, und zwar mit einer Bedarfsanalyse von Seiten der Bürger... wenn das da nicht steht, seien Sie sicher, Ihr Mann und Ihre Frau im Magistrat wird dieses auch dementsprechend schon mit ... okay, dann lassen Sie es. Wir werden es schon auf den Weg bringen. Natürlich werden wir die Arbeitnehmerrechte gewähren. Was ist das denn für ein Vorwurf? Was ist das denn für ein Satz, den Sie hier vorbringen,

darauf aufmerksam zu machen, die Arbeitnehmerrechte möchten Sie gewahrt wissen? Selbstverständlich, wo denken Sie denn hin? Wo sind wir denn hier? Und selbstverständlich werden wir mit der Verwaltung, mit den Bediensteten einen entsprechenden Plan und einen Arbeitsplan entsprechend der Bedarfe, die ermittelt werden, dann erarbeiten. Gar keine Frage. Und dann, Herr Feiertag, Herr Heinz, dann wird ein Konzept daraus. Aber erst dann. Und da arbeiten Sie bitte mit. Und wenn Sie das nicht tun wollen, dann werden wir es allein machen. Aber wir laden Sie dazu ein, da mitzuarbeiten. Und ich würde mich freuen, dass Sie im Sinne der Eschweger Bürger, der Pendler diesen Antrag mit zustimmen, den wir nennen, dass es ein Pilotprojekt sein soll, um ein Konzept zu erarbeiten. Herzlichen Dank.“

Bgm. Heppe:

„Herr Brill und ich haben uns eben auch nochmal kurz abgestimmt. Er kann das gleich auch nochmal ergänzen an der Stelle. Natürlich ist es so, dass wenn wir einen Antrag hier bekommen, in dem steht, wir als Magistrat haben in ein Pilotprojekt etwas umzusetzen, dass man selbstverständlich vorher eine umfassende Ist-Analyse machen muss. Wir müssen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbstverständlich ins Gespräch kommen, das ist unabdingbar, haben wir auch in der Vergangenheit schon gemacht. Es hat zum Beispiel im Bereich des Einwohnermeldeamtes auch schon Workshops gegeben, moderierte, wo man an ersten Öffnungszeiten ein wenig auch gefeilt hat. Es hat allerdings die Erfahrung der letzten Wochen gezeigt, dass es anscheinend nicht ausreicht. Wir können hier an der Stelle zusichern, dass, wenn man ein Pilotprojekt an uns heranträgt, dass wir natürlich vor Umsetzung eines Projektes eine Analyse- und eine Konzeptphase macht. Anders geht es ja schlichtweg gar nicht. Das ist denknotwendig der Fall, und Sie können versichert sein, dass wir als Magistrat und insbesondere die mit der Organisation beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, aber auch bis hinunter zur Sachbearbeiterin da die Erfahrungen erst gesammelt werden, bevor wir dann hier an eine Umsetzung gehen. So haben ich das ursprünglich auch verstanden, aber ich glaube, anders geht das auch gar nicht, das ist denknotwendig.“

StK. Brill:

„Ich bin ja unmittelbar betroffen über zwei Servicebereiche, die da auch angesprochen worden sind. Knüpfen wir mal an dem an, was der Bürgermeister eben gesagt hat. Ich möchte das eigentlich nochmal unterstützen. Ich glaube, wir sollten uns darauf einigen, dass man zunächst mal tatsächlich grob skizziert, welche Leistungen sollen da eigentlich erbracht werden? Weil, es ist ein kleiner Unterschied, ob ich einen gelben Sack nur rausgebe am Samstag, oder ob ich eine Trauung mache oder ob ich einen Personalausweis ausstelle. Da brauche ich dann auch andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Also, dass wir mal definieren, was sind das für Leistungen als Magistrat, die dann dort erbracht werden können, dass wir gleichzeitig dann mal auch definieren, welche Ressourcen müssen wir da zur Verfügung stellen sowohl fachlich auf der einen Seite, als dann auch personell und damit auch finanziell, damit Sie dann auch, und das bringen wir wiederum ein, zeitnah, wenn das Konzept erarbeitet worden ist, in den Ausschuss bringen wir das ein, dann entscheiden Sie darüber, und dann wissen Sie auch, welcher Ressourcenverbrauch damit verbunden ist. Es wird sich nämlich nicht ganz ohne, ich habe mit meinen Mitarbeitern natürlich auch schon gesprochen, nicht ganz ohne zusätzliche Ressourcen wird man die Leistungen nicht ausdehnen können, und dann beginnt man, wenn man das hat, wenn man sich darauf geeinigt hat, das umzusetzen. Dann müsste man vielleicht auch definieren, wie lange die Umsetzungsphase dauern soll, ob das ein halbes Jahr oder ein Jahr sein soll. Darauf einigt man sich gemeinsam, und dann geht es los. Ich denke, das ist ein Vorschlag, auf den wir uns eben gerade auch nochmal gemeinsam kurz geeinigt und abgestimmt haben, der so vielleicht auch tragbar ist.“

Stv. Grauer:

„Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, liebe Kollegen. Ich bin selber Studentin, deswegen pendele ich auch selber, deswegen kann ich die Intension unserer Koalition sehr gut verstehen. Ich hatte es selber letztens erst, dass ich versucht habe, meinen Personalaus-

weis zu erneuern, was ich auch geschafft habe, jedoch musste ich auch gucken, gut, wann kann ich jetzt in das Rathaus gehen. Jedoch, wie Sie es vielleicht schon festgestellt haben, ist der Antrag einfach viel zu schwammig. Wir von Bündnis 90/Die Grünen sind uns sehr sicher, dieser Antrag ist einfach nur ein Schaufensterantrag. Wir stehen diesem Antrag deswegen sehr kritisch gegenüber. Ich fasse nochmal zusammen von meinem Vorredner Herrn Feiertag. Es sind eindeutig zu viele Fragen aufgekomen, weil, trotz dessen, dass dieses Ganze ein Pilotprojekt ist, können Sie nicht einfach ohne weitere Informationen diesen Antrag stellen. Wir haben uns die Frage gestellt, wie lange soll dieses Projekt überhaupt dauern? Okay, diese Frage ist zugegebenermaßen sehr leicht zu beantworten, deswegen soll sie uns eigentlich gar nicht so lange beschäftigen. Jedoch hatten Sie gesagt, dass kein Mehraufwand der Arbeitszeit der Angestellten und der Personalkosten entstehen soll. Wenn Sie jetzt mal hochrechnen, es soll ein früherer oder ein längerer Arbeitstag und ein Samstag entstehen, von 10 bis 13 Uhr hat Herr Schneider gesagt, wenn Sie einen Aufwand von plus/minus Null haben möchten, dann müssten Sie irgendwo die Arbeitszeit wegnehmen. An einem Mittwochvormittag stelle ich mir das schwierig vor, weil ebenfalls hier Markt ist. Wann soll die Arbeitszeit weggenommen werden, dass nicht alles zu Lasten der Mitarbeiter geschieht? Angenommen, Sie möchten jetzt nur von 10 bis 13 Uhr das Standesamt öffnen, damit die Paare sich auch Samstagvormittag trauen können, sehe ich da ebenfalls ein Arbeitszeit- und Kostenfaktorproblem. Weil Sie können nicht einen einzigen Standesbeamten da unten hinstellen und sich komplett allein um das Rathaus kümmern lassen. Da wird dann natürlich Hausmeister, Standesbeamter und so weiter und so fort dazukommen. Das kostet alles Geld. Letzten Monat haben Sie sich hier hingestellt und gesagt, wir möchten keinen hauptamtlichen Stadtkämmerer, weil wir den Haushalt konsolidieren möchten. Jetzt schlagen Sie so ein Projekt vor, der wieder den Haushalt angreifen soll. Das entzieht sich vollkommen unserer Logik. Was ebenfalls in diesem Antrag gefehlt hat, war wie dringend wird eine Umstrukturierung benötigt? Wie gesagt, ich kann Ihre Intension verstehen, aber wir hätten ganz gern Daten gehabt, wie gravierend dieses Problem denn ist. Ich lasse mich gern eines Besseren belehren, wenn Sie die Daten vorlegen, dann lese ich mir das auch gern durch. Letzte Frage die noch ausstand für uns, wie findet denn die Personalvertretung des Rathauses diesen netten Vorschlag? Meines Wissens nach hat der Personalrat auch schon ähnliche Vorhaben abgelehnt, aufgrund der Sorge für eine zu hohe Belastung der Angestellten. Wie hatten Sie geplant, diese von diesem Projekt zu überzeugen? Ich glaube nicht, dass sie möchten, dass sie sich über die Angestellten hinwegsetzen und sich damit Feinde machen im Rathaus. Wenn Sie, CDU, FDP, FWG, in der Lage sind, unsere Fragen konkret und im angemessenen Umfang heute zu beantworten, dann möchten wir von Bündnis 90/Die Grünen diesem Vorhaben nicht im Wege stehen und diesen Antrag nicht ablehnen. Wenn das nicht geschieht, können wir leider nichts anderes tun, als eine Nein-Stimme abzugeben. Vielen Dank.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, es heißt ja, in der Regel soll man nur einmal erwidern, aber da ich jetzt direkt angesprochen bin, Frau Grauer, schade, dass Sie so wenig Kreativität haben, zumal der Magistrat ja eigentlich gerade die Tür weit aufgemacht hat und erklärt hat, wie es denn funktionieren kann und auch eigentlich erklärt hat, dass sie sich schon Gedanken gemacht haben, also, sprich, der Magistrat ist schon viel weiter, und natürlich kann eine Fraktion oder können mehrere Fraktionen keine Ist-Analyse machen. Wie stellen Sie sich das vor? Sollen wir uns unten hinsetzen und eine Statistik führen, wie das im Rathaus aufgeht? Wenn Sie diesen Maßstab anlegen, dann können wir mal über die ganzen Anträge der letzten 15 Jahre, solange bin ich schon hier, können wir gern mal reden. Also das verfängt sich nicht. Und auch zum Thema Kosten, das kann man hinkriegen. Ich habe ja nicht gesagt, dass eine Samstagstrauung das gleiche Angebot sein kann. Ich kann mir auch durchaus vorstellen, dass wir die Gebührensatzung so ändern und sagen, jawohl, wenn Du diesen Sonderluxus haben willst oder ihr diesen Sonderluxus haben wollt, euch Samstag trauen zu lassen, brauchen wir den Hausmeister, das kostet dann halt auch extra. Es geht jetzt nur um das spezifische, von Frau Grauer angesprochene Problem. Ansonsten würde ich sagen, das, was der Bürgermeister und was Herr Brill vorgetragen haben, dürfte sämtliche Bedenken hier zerstreut haben, wenn es überhaupt die Chance dazu gibt. Danke.“

Stv. Heinz:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich würde die Koalition bitten, nochmal diesen Antrag zu überarbeiten. Wenn Sie mal hinter mich schauen, da steht eindeutig drin, in diesem Antrag, der Magistrat wird gebeten, die Öffnungszeiten zu erweitern. Das steht da. Ohne Konzept. Ohne Kostenstrukturen. Ohne Information auf unsere Fragen kann man einen solchen Satz nicht beschließen. Da helfen auch keine mündlichen Zusagen von wem auch immer. Wir werden nachher gemessen an dem, was hier schriftlich fixiert worden ist und was wir beschlossen haben. Das geht so nicht. Deswegen meine Bitte: Wir arbeiten hier ja an einer Sache, die zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger am Ende ausschlagen soll, deswegen meine Bitte, nehmen Sie den Antrag nochmal mit nach Hause. Überarbeiten Sie den nochmal gescheit. Schreiben Sie das Wort Konzept da rein und schreiben Sie die Rechte der Arbeitnehmer mit hinein, machen Sie einen gescheiten Vorschlag und dann denke ich, werden Sie auch Zustimmung finden. Aber so ist dieser Antrag aus meiner Sicht definitiv nicht zustimmungsfähig.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, in einem Pilotprojekt die Öffnungszeiten von Einwohnermeldeamt, Standesamt und Infozentrale so zu erweitern, dass auch Bürgerinnen und Bürger, die ihren Arbeitsplatz nicht in Eschwege haben, diese nutzen können, ohne Urlaub nehmen zu müssen. Hierbei kann zum Beispiel sowohl ein zweiter „langer“ Behördentag, ein „früher“ Behördentag mit Öffnungszeiten z. B. bereits ab 07:00 Uhr und auch die Öffnung an Samstagen geprüft und erprobt werden.
2. Zum Ende der Pilotphase werden die Erfahrungen im Haupt- und Kulturausschuss vorgestellt.

Mit 20 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen beschlossen.

**7. ANTRAG DER FWG-STV.-FRAKTION BETREFFEND ESCHWEGER STADTHALLE
HIER: PRESSEBERICHTERSTATTUNG UND MAGISTRATSBERICHT ANLÄSSLICH
EINER FINANZAMTSNACHFORDERUNG.**

- 1 -

Stv. Hölzel:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Den Antrag für die Stadtverordnetenversammlung haben Sie alle vorliegen und ich gehe davon aus, dass Sie in der Presseberichterstattung vom 22. April, denn wir konstituierten uns am 21. April, und auch dort am darauffolgenden Tag berichtete die Werra-Rundschau davon, war zu lesen, dass das zuständige Finanzamt gegenüber der Stadt Eschwege eine Nachzahlung in Höhe von 150.000 Euro für die Jahre 2012 bis 2014 fordert. Ein Vorgang, der die Eschweger Gremien, die Verantwortlichen des Magistrats und die Stadtverordnetenversammlung nicht erfreut. Darüber dürfen wir uns im Klaren sein. Aber ein Vorgang, aus dem wir außer aus der Presse, aus einer Presseinfo erfahren haben, haben wir bislang keine weiteren Informationen. Viele Fragen stellen sich daraufhin mir/uns/Ihnen, wie zum Beispiel die Erläuterung der Sach- und Problemlage, insbesondere dem Ursprung der Steuerschuld oder hat ein Dialog in der Vergangenheit zwischen Finanzamt und Kämmerei stattgefunden, bei dem die Möglichkeit der unterschiedlichen Betrachtung bzw. Anwendung steuerrechtlicher Gesetze zu diesem Fall erörtert wurden? Wurde die Hilfe externer Berater in Anspruch genommen? Ist die in der Presse genannte Höhe von 150.000 Euro für die Jahre 2012, 2013, 2014 richtig? Diese Probleme, diese Sachlage gehört erörtert und nicht nur uns aus der Zeitung als Information übergeben. Diese gehören erörtert und diskutiert und daher ist es nach unserer Meinung folgerichtig, dass dieser Antrag

in den Finanzausschuss kommt und dort weiter behandelt wird. Dementsprechend, Sie lesen es, bitten wir, diesen Antrag an den noch zu konstituierenden Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Danke Ihnen.“

StK. Brill:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Also ich will zunächst mal folgendes sagen. Ich habe als Stadtkämmerer den Magistrat vertraulich darüber informiert, vertraulich, und das will ich an der Stelle mal dick und fett unterstreichen, dass wir einen Körperschaftssteuerbescheid bekommen haben für die Jahre 2012, 2013 und 2014 von Seiten des Finanzamtes, das habe ich für meine Pflicht gehalten, und war dann mehr als schockiert, dass zum wiederholten Male, das kann man an der Stelle ja auch mal sagen, diese vertrauliche Information dann an die Presse weitergeleitet worden ist. Es handelt sich um ein schwebendes Verfahren, Herr Hölzel, und in einem schwebenden Verfahren informiert man nicht, ja, auch in keinem Finanzausschuss in öffentlicher Sitzung. Deswegen hätte ich Ihnen heute Abend eigentlich empfohlen, diesen Antrag so nicht zu stellen. Stellen Sie sich mal vor, zu welchen Irritationen das beim Finanzamt führt, wenn man im Rahmen eines schwebenden Verfahrens, wo wir gegen den Bescheid Einspruch erhoben haben, wenn das in öffentlicher Sitzung anschließend diskutiert wird mit möglicherweise noch irgendwelchen Zahlen. Man darf ja an der Stelle auch nicht vergessen, dass es das Steuergeheimnis gibt, das ist das Eine, das Andere ist, das finde ich noch viel schlimmer an der Stelle, es gibt Ermessensspielräume des Finanzamtes, und wir sind auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auch mit dem Finanzamt angewiesen, deswegen hätte ich es aus meiner Sicht für sehr unglücklich gehalten, wenn wir im Rahmen eines schwebenden Verfahrens da schon in die Gremien gegangen wären. So, das war die erste Bemerkung.

Die zweite, ich habe eben im Konjunktiv gesprochen, ich habe heute Nachmittag/heute Mittag einen Anruf von unserem Steuerbüro, von unserer Kanzlei, die uns betreut, und natürlich bedienen wir uns an Experten auch von außerhalb bei den Steuerbescheiden, und insbesondere bei den Steuererklärungen, die wir abgeben und insbesondere auch weil es immer komplexer wird und weil wir nicht nur den einen BG haben, Stadthalle, sondern ja andere Betriebe gewerblicher Art auch. Ich habe diesen Anruf bekommen und er hat gesagt, Herr Brill Entwarnung. Das, was wir an Einspruch formuliert haben und unsere Begründung, die wir formuliert haben, die sind natürlich auch mit mir und der Finanzverwaltung abgestimmt, das wird so akzeptiert. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen, Tatsache ist, bei der Stadthalle Betrieb gewerblicher Art fällt jedes Jahr, stellt sich die Frage, ob es ein begünstigtes oder nicht begünstigtes Dauerverlustgeschäft ist bei der Stadthalle. So, man ist jetzt weitestgehend unserer Argumentation gefolgt und sagt, es ist ein begünstigtes Dauerverlustgeschäft, so droht nicht mehr die Kapitalertragssteuer, die gezahlt werden sollte, weil ansonsten der Verdacht der verdeckten Gewinnausschüttung naheliegt, das haben wir jetzt ausräumen können. Das ist ein komplizierter, komplexer Sachverhalt. Die Zahl, die Sie eben genannt haben, kann ich deswegen in dieser Höhe auch nicht bestätigen, ganz im Gegenteil. Wir werden aber am Dienstag im Finanzausschuss, weil das Verfahren jetzt abgeschlossen ist, gern Sie insgesamt informieren. Aber grundsätzlich, auch einmal in die Zukunft gedacht, finde ich, sollte man sich sehr genau überlegen, wann man in welchen Gremien, gerade wenn es um solche sehr sensiblen Daten und auch Kooperations- und Arbeitszusammenhänge zwischen der Verwaltung auf der einen Seite und Behörden auf der anderen Seite geht, wann man sowohl mit diesen Informationen in die Öffentlichkeit geht, als auch dann in die Gremien. Herzlich Dank.“

Stv. Dietrich:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, die Koalition arbeitet auf vollen Touren. Die Köpfe rauchen, mein lieber Schwan. Drei Anträge haben sie gestellt, der zweite Antrag ist schon irgendwie zerpfückt worden, der erste ganz genauso. Und das was der Herr Brill gerade gesagt hat, Sie waren ja auf dem besten Wege gerade gewesen, da irgendwie mit dem Finanzamt Probleme zu machen. Überlegen Sie sich vorher mal, bevor Sie solche Anträge formulieren, was Sie damit anrichten könnten. Also ich kann Ihnen eigentlich nur empfehlen, die nächste Zeit mal ein bisschen ruhig zu bleiben, ein bisschen in sich zu gehen und insgesamt mal Ihre Koalitionsarbeit vielleicht neu zu überdenken, damit auch was Gescheites dabei rauskommt. Ich bin mal gespannt, was jetzt bei dem dritten Antrag kommt. Da sehe ich den Herrn Lister schon in den Startlöchern. Das ist genauso ein Ding. Kann man darüber la-

chen, an und für sich. Aber wir hören uns das mal an. Den Antrag, Herr Hölzel, haben wir gerade gehört, müssen wir mal ablehnen. Besser ist es für die Stadt, zum Wohle der Stadt. Sie wissen, es ist immer gut, sich zum Wohle der Stadt einzusetzen, gerade wenn man Mandatsträger ist. Wenn man das nicht tut, kann das ganz schön schlimm ausgehen.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke, Herr Stadtverordneter Dietrich. Allerdings ist es so, dass wir hier Anträge beraten und nicht darüber lachen.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, wir können ja gern über das Thema Rollenverständnis reden, lieber Herr Dietrich, ich will jetzt nicht Ihre Arbeit in den letzten 15 Jahren bewerten, dann kämen Sie jetzt ganz schlecht bei weg. Aber ich sage das doch mal so, wenn wir hier als Stadtverordnete, ich kann alles, was Herr Brill gesagt hat, kann ich inhaltlich verstehen, aber ich sage das doch mal so, wenn ich aus der Zeitung erfahre, dass es eventuell ein nennbarer, 6-stelliger Betrag ist, um den man sich streitet, der den Haushalt natürlich belasten würde, aus der Zeitung erfahre, was soll denn der Stadtverordnete oder die Stadtverordnetenversammlung, die den Magistrat kontrollieren soll, dann tun? Soll die dann sagen, ja toll, prima, ist halt so. Dann müssten wir uns doch im Endeffekt eigentlich sagen, dann sind wir hier fehl am Platz. Wenn dieses im Raum steht, dann sind wir als Stadtverordnete dafür gewählt, da auch für Aufklärung zu sorgen. Wir müssen dann auch uns darüber informieren, dass der Magistrat die nötigen Schritte einget. Und wenn das jetzt so ist, und ich glaube auch, Herr Brill, da bin ich nicht bei Ihnen, das Finanzamt weiß sehr wohl, dass sie es hier mit einer Stadt zu tun hat, die auch Gremien hat, die öffentlich gewählt worden sind. Und da haben wir eine Kontrollfunktion, und natürlich muss das dann aufgeklärt werden, und natürlich muss das dann auch in einem Ausschuss passieren, wo dann nochmal nachgefragt werden kann, wo sie es viel dezidierter darlegen können, wir nachfragen können, und wenn zum Schluss dann alles so okay ist, dann sind wir unserer Aufsichtspflicht nachgekommen, und dann ist nicht der Antrag lächerlich, und dann ist hier auch kein Stadtverordneter von Ihnen Herr Dietrich anzugreifen, dann ist das einfach unsere verdammt Pflicht, das zu machen, und das machen wir. Dankeschön.“

Stv. Hölzel:

„Meine Damen und Herren, ich komme nochmal zurück auf die Erklärung vom Stadtkämmerer und Ersten Stadtrat Brill. Sie verkennen offenbar, Herr Brill, die Situation, wofür eine Stadtverordnetenversammlung da ist. Nämlich wir sind das Kontrollorgan. Und dahingehend gibt es durchaus notwendige Informationen, die uns erreichen hätten müssen, und wenn diese so sensibel sind, wie Sie sie beschreiben, dann kann man trotzdem den Finanzausschuss einberufen, denn Sie wissen, dass der Finanzausschuss zwar zunächst einberufen wird in öffentlicher Sitzung, aber er kann auch weiter in nicht öffentlicher Sitzung tagen und dementsprechend die Stadtverordneten und die Mitglieder des Finanzausschusses dann in nicht öffentlicher Sitzung dahingehend informieren, denn wir reden hier nicht von Peanuts. Punkt 1. Punkt 2 ist, dass, wenn man Informationspflicht richtig versteht, gibt es auch interfraktionelle Gespräche, wo man die Fraktionsvorsitzenden informieren kann und mit ihnen weiter beratschlagen kann, wie man mit diesem Vorfall umgehen möchte. Aber alles unter dem Aspekt des Kontrollorgans, die Stadtverordnetenversammlung, in öffentlicher oder nicht öffentlicher Sitzung, darüber haben wir nicht geredet und wäre sicherlich zu diskutieren bzw. dann zu entscheiden gewesen. Danke Ihnen.“

Stv. Reyer:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich frage mich eigentlich, worüber wir jetzt noch diskutieren wollen bzw. worüber wir noch abstimmen wollen. Wir haben einen ausführlichen Bericht von Herrn Brill erhalten über das, was da passiert ist, was da geschehen ist. -

„Also es geht doch um die Frage, was dieser Antrag eigentlich soll. Das ist ein laufendes Verfahren. Natürlich haben wir hier als Stadtverordnetenversammlung Kontrollpflichten und Kontrollrechte, da stimme ich Ihnen völlig zu. Da ist ja auch meine Fraktion überhaupt nicht dagegen. Es ist nur die Frage, wann kann und wann soll und wann muss man diese Kontrollrechte ausüben und in welcher Form muss man sie ausüben. Das ist doch eigentlich die einzige Frage, die hier zu klären ist. Und in einem laufenden, steuerrechtlichen Verfahren ist es Wahnsinn, wenn man es in die Öffentlichkeit trägt, wenn man diese Diskussion öffentlich führt. Ja, wie Herr Wolf ist es denn in die Zeitung gekommen? Die Frage müssen wir uns doch mal stellen. Wir haben gerade gehört, dass es eine vertrauliche Berichterstattung des Stadtrates im Magistrat war. Und da stellt sich in der Tat die Frage, warum haben wir das alle aus der Zeitung entnehmen müssen?“

Stv.-V. Hamp:

„Ich möchte keine Zwischenrufe mehr haben. -“

Stv. Reyer:

„Wir haben ja eben eine Berichterstattung bekommen. Meine Damen und Herren, was möchten Sie denn noch wissen? Warum wollen wir jetzt hier über einen Antrag des Herrn Hölzel abstimmen, der sich im Grunde genommen durch die Auskunftserteilung des Stadtrates doch erledigt hat. Er hat auch schon da gesagt, dass er am Dienstag im Magistrat darüber berichten wird, was Stand der Dinge ist. Aber das Verfahren ist doch noch gar nicht abgeschlossen. Es ist auch noch gar nicht klar, was bisher nicht klar, wir haben heute gehört, dass es doch schon ein Ergebnis gibt, dass diese Steuerbelastung, die in der Zeitung da veröffentlicht worden ist, doch gar nicht existiert. So, und erst wenn wir wissen, was ist denn überhaupt für eine Belastung auf die Stadt zugekommen oder was wird auf die Stadt zukommen, warum wird diese Belastung auf die Stadt zukommen, erst dann kann man doch auch in den Gremien darüber diskutieren. Erstens ist irgendetwas falsch gelaufen bei den Steuererklärungen oder bei der Gestaltung von Verträgen, bei der Nutzung zum Beispiel der Stadthalle. Das alles weiß man aber erst, wenn das Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist und nicht in einem laufenden Verfahren, dann nutzt diese Diskussion, die Sie hier verlangen, überhaupt nichts. Und vor diesem Hintergrund ist dieser Antrag aus unserer Sicht abzulehnen, weil er erstens kontraproduktiv war, zu dem Zeitpunkt, als er gestellt worden ist, weil er das Verfahren mit dem Finanzamt erschwert bzw. im Ergebnis möglicherweise unmöglich gemacht hätte, vor dem Hintergrund, dass nämlich auch bei dem Finanzamt Ermessensentscheidungen möglich sind, die aber dadurch beeinflusst werden, wie die Sache öffentlich dargestellt wird. Das ist das Eine.

Zum anderen hat sich der Stadtrat bereiterklärt, die Ergebnisse, die er heute telefonisch vorab mitgeteilt bekommen hat, dem Finanzausschuss vorzutragen und auch dem Magistrat vorzutragen, und dann werden wir doch sowieso erfahren, was los ist. Also, was wollen Sie heute eigentlich noch hier beschließen? Wir können diesem Antrag jedenfalls nicht zustimmen, weil er unsinnig ist aus unserer Sicht. Vielen Dank.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Zuhörer. Ich bin da nicht verfahrensbeteiligt, nebenbei. Aber, meine Damen und Herren, wenn das Finanzamt einen Steuerbescheid erlässt, dann beurteilt er damit einen Sachverhalt, da wird Sachverhalt beurteilt und den Sachverhalt, das ist der Sachverhalt, den wir hier in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen haben mit unseren Entscheidungen, die von der Verwaltung umgesetzt wurden. Und jetzt kommt das Finanz-

amt her, und erlässt einen Steuerbescheid aufgrund der Fakten, die das Finanzamt glaubt, erkannt zu haben. Und deswegen ist das eine Sache, die die Konsequenz dessen ist, was wir hier beschlossen haben. Das möchte ich nur mal als Hintergrund nehmen. Kollege Hölzel, überlegen Sie sich, ob Sie den Antrag nicht zurückziehen. Ich bin wirklich der Meinung, wir haben hier ein schwebendes Verfahren. Wir können die Sache immer noch aufklären, und dann haben wir immer noch die Möglichkeit zu gucken, woran lag es denn. Also, ich denke mal, also, wenn ich jetzt Verwaltungschef wäre, würde ich mir überlegen, Ihnen die Einspruchsbegründung zuzusenden und eventuell dann die Einspruchsentscheidung des Finanzamtes zuzusenden, und meine Damen und Herren, dann haben Sie alles schwarz auf weiß und ich sage Ihnen eines, Sie werden es nicht verstehen. Dankeschön.“

StK. Brill:

„Also, ich verstehe gar nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Emotionen an der Stelle hier so hochkochen. Ich habe doch eigentlich sehr deutlich gesagt, es ist noch ein schwebendes Verfahren, und ich hätte Ihnen empfohlen, im Rahmen eines schwebenden Verfahrens so einen Antrag nicht zu stellen. Ich habe extra die Gelegenheit in dieser Woche genutzt gehabt, vor dem Telefonat heute mit unserem Steuerberater zu sprechen, habe gesagt, -, wie sehen Sie so eine öffentliche Diskussion oder eine Diskussion im Finanzausschuss, ob öffentlich oder nicht, im Rahmen eines schwebenden Verfahrens. Sie können sich ungefähr vorstellen, was er mir gesagt hat. So, ich glaube schlichtweg nicht, dass das in unserem Interesse ist, darauf wollte ich Sie lediglich hinweisen. Und dass wir auch da zukünftig möglichst so eine Linie fahren, dass wir mit denjenigen, mit denen man noch verhandelt, wo man einen Einspruch formuliert hat, wo es Ermessensspielräume gibt, dann auch so umgeht, dass nicht in einer öffentlichen Diskussion Fragen auftauchen oder möglicherweise auch Anwürfe kommen, die nicht gerechtfertigt sind. Das ist alles. Was den Sachverhalt jetzt selber angeht, ich habe Ihnen das schonmal gesagt, nächste Woche Dienstag werden wir berichten, ich werde berichten, der Steuerberater ist selber auch da, weil wir haben ja einen Jahresabschluss 2013 vorzustellen, da ist er auch immer zugegen. Es wird sich auflösen. Wir werden anschließend sagen, wahrscheinlich viele von Ihnen, viel Lärm um nichts, warum haben wir uns eigentlich so aufgeregt? Es ist alles eine relativ, ich will nicht sagen harmlose, aber eine relativ simple Angelegenheit, und wir sind mit unserer Argumentation da auch durchgedrungen, und es wird keine größere zusätzliche Belastung für den städtischen Haushalt geben. So. Punkt. Ich glaube, dann können wir die Diskussionen an der Stelle vielleicht auch abbrechen.“

Stv. Lister:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Gäste. Also die Diskussion, die ist ein bisschen ausgefert, auch Herr Dietrich hat sich da wieder hervorgetan mit seinen persönlichen Anfeindungen. Ich mache folgenden Vorschlag. Wir haben Informationen bekommen, die wir bis zu der Antragstellung nicht hatten. Ich würde auch gern dem Antrag oder den Vorschlag von Herrn Stadtkämmerer Brill folgen, diese Sache in den Finanzausschuss, und auch da bitte auch nicht in öffentlicher Sitzung, nochmal nachzuarbeiten und würde auch bitten, die Magistratsmitglieder wie auch die Stadtverordneten vertrauliche Dinge auch nicht an die Presse zu leiten, weil das bringt uns in der Gesamtheit nicht weiter und ich denke, wir sollten die Argumente, die hier gefallen sind, die vorher nicht bekannt waren, weil es nur aus der Zeitung entnommen werden konnte, dass wir hier diese Sache erstmal zurückstellen, in dem Finanzausschuss einen Bericht bekommen und darüber weiter befinden, lieber Kollege Hölzel, inwieweit wir und Sie mit Ihrer Fraktion dort weiter verfahren, um das hier jetzt abzukürzen, weil wir drehen uns momentan ein wenig im Kreis. Vielen Dank.“

Stv. Hölzel:

„Meine Damen und Herren. Ich bin heilfroh, diese Information aus der Heimatpresse erhalten zu haben, ich bin heilfroh, den Antrag gestellt zu haben, ich bin heilfroh und dankbar, ihn heute vorgetragen zu haben und ich bin dankbar über die Redebeiträge, nicht unbedingt über den von Ihnen, Herr Dietrich, aber über den von Herrn Brill, der zweimal hier vorm Mikrofon zugesichert hat, dass wir im

kommenden Finanzausschuss Informationen erhalten und wir hoffentlich dann auch die eine oder andere Frage, falls noch welche da sind, stellen können, ich bin heilfroh zu hören, dass die Stadt Eschwege von diesem sechsstelligen Betrag verschont bleibt, möchte aber dennoch auf eines hinweisen. Wir haben die Kontrollpflicht und ich werde mir nicht vorwerfen lassen, diese nicht ausgeführt und ausgeübt zu haben und deswegen nochmal, hatten wir diesen Antrag gestellt. Aufgrund dieser Informationen, die wir eben erhalten haben, ziehe ich diesen Antrag nach Absprache mit meiner Fraktion aus Überzeugung zurück. Danke.“

Stv.-V. Hamp:

„Dann stelle ich fest, dass der Antrag der FWG unter dem Tagesordnungspunkt 7 hiermit zurückgezogen ist und schließe ihn.“

8. ANTRAG DER FDP-STV.-FRAKTION BETR. ANREGUNGSRECHT FÜR ORTSBEIRÄTE BZW. STADTTTEILBEIRÄTE

- 1 -

Stv. Lister:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Gäste, liebe Kollegen. Ja, Herr Dietrich, wir sind sehr fleißig. Das haben Sie richtig bemerkt, was man ja bei Ihnen in den letzten 5 Jahren ein bisschen vermissen musste. Sie haben da für emotionale Dinge gesorgt, aber wir versuchen jetzt auch wirklich mal bürgernahe Politik zu betreiben. Ich habe hier als FDP-Fraktion eine Vorlage Ihnen aushändigen lassen. Das ist nichts spektakuläres, ich bin auch sehr erfreut, dass wir jetzt auch aufgrund der Problematik, die wir am Anfang der Sitzung gehört haben in Oberhonne uns mit der Geschäftsordnung auseinanderzusetzen haben und deshalb schlagen wir vor, die passive Rolle in den Stadtverordnetenversammlungen der Ortsvorsteher, der Stadtteilbeiräte auch etwas aufzuwerten und die Möglichkeit zu haben, innerhalb der Stadtverordnetenversammlung den Herrschaften, die sich heute am Anfang der Sitzung vorstellen durften, die Möglichkeit einzuräumen, Anregungen vorzubringen. Derzeit ist es ja so, dass sie in einem inneren Zirkel arbeiten, nur ich denke, wir vergeben uns nichts, wenn wir Anregungen, die von Seiten der Ortsteile kommen, hier in der Stadtverordnetenversammlung eingearbeitet sind. Ich hoffe, dass hier keine emotionale Diskussion aufkommt, weil das ist nur ein Hilfsmittel bzw. eine Möglichkeit, den Stadtteilen auch hier Gehör zu verschaffen. Ich bitte, vorlagegemäß zu entscheiden.“

Stv. Ludwig:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen, meine Herren, liebe Gäste. Wo ich diesen Antrag gelesen habe, ich saß jahrelang da, wo meine Kollegen sitzen, und habe dann zugehört, wie unsere Kollegen hier unten die Anregungen für die Stadt gemacht haben. Da ist mir dann aufgefallen, dass wir eigentlich von den Stadtteilen mal Anregungen kaum bekommen haben. Die Kollegen, die jetzt in den Ortsbeiräten und auch im Stadtteilbeirat sind, sind ja die ersten, die draußen im Ort selber wissen, hier brennt es. Mir persönlich ist es mal so gegangen, es kam einer und hat sich beschwert über den Baubetriebshof, er hat sich beschwert über den Magistrat, über die alle. Auch über uns alle hier, die können ja nichts. Und dann sage ich, Du beschwerst Dich jetzt. Sag mir doch mal, wem hast Du das jetzt schonmal gesagt. Ja, keinem. Sage ich, also dann kannst Du es auch nicht so machen. Und dann finde ich auch diesen Antrag gut, dann haben die Ortsbeiräte der Stadtteilbeiräte die Möglichkeit, hier eine Anregung zu machen, damit die Fachabteilungen auch damit arbeiten können und können sagen, jawohl, diese Anregung kann ich bearbeiten, oder wir kriegen anhand des Protokolls gesagt, hör mal, diese Anregung können wir nicht bearbeiten. Ich habe stellenweise in Eschwege auch mal erlebt, da ging es um eine Lampe, da musste dann das geschnitten werden. Stellenweise ist das in den Ortsteilen bald mal so, dass die Bürger das einfach mal selber machen. Ich bitte euch auch, das ist auch in eurem Sinne, die Ortsbeiräte, die Stadtteile ein bisschen zu stärken und zu sagen, ich lasse euch die Anregung

geben hier, wir können auch darüber sprechen und können sagen, okay, dieser Antrag ist in Ordnung, oder er ist nicht in Ordnung. Ich bitte Euch, diesen Antrag so zu stimmen, dass die Ortsbeiräte wenigstens Rederecht bekommen bei Euch. Danke.“

Stv. Lorchheim:

„Ja, sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren. Ich mache es nicht so lange, ich mache es kurz. Also wir als Fraktion finden es richtig und wichtig, dass die Orts- bzw. Stadtteilbeiräte gestärkt werden und auch ein Anregungsrecht erhalten. Wir begrüßen den Antrag und stimmen dem auch zu, um auch den Ortsbeiräten bzw. Stadtteilbeiräten die Möglichkeit zu geben, sich hier in der Stadtverordnetenversammlung zu äußern, ihre Anliegen und Anliegen vorzubringen. Allerdings geben wir zu bedenken, wir sollten diese Anregungen darauf beschränken, dass die Orts- oder Stadtteilbeiräte sich auf ihren Ortsteil beziehen. Weiterhin sollte auch dem Ausländerbeirat die Möglichkeit gegeben werden, sich ebenfalls im Zuge dieser Änderung ein Anregungsrecht zu erhalten, damit auch dieser Beirat sich entsprechend äußern kann. Ansonsten stimmen wir dem Antrag zu.“

Stv.-V. Hamp:

„Herr Stadtverordneter Lorchheim, verstehe ich Sie recht? Sie bringen einen Änderungsantrag rein, auch den Ausländerbeirat mit einzubeziehen? Und Sie regen an, dass die örtlichen Belange als Einschränkung in diesen Antrag Eingang finden? Was sagt der Antragsteller dazu? Sie schließen sich dem an? Dann habe ich noch eine klitzekleine Anmerkung. Als Stadtverordnetenvorsteher steht es mir nicht zu, Anträge zu prüfen, aber ein gewisses formelles Prüfungsrecht muss ich ausüben. So, wie es hier formuliert ist, ist es nicht ganz HGO-konform. Also beschließen tut dieses Haus. Vorbereiten tut es der zuständige Ausschuss. Es kann also nicht im Ausschuss eine Änderung vorgenommen werden. Die kann nur hier vorgenommen werden, bearbeitet wird es im Ausschuss. Mit Ihrer Erlaubnis und all Ihrem Einverständnis, Herr Montag, Sie haben einen Antrag zur Geschäftsordnung.“

Stv. Montag:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es doch möglich ist. Wir müssten nur den Ausschuss ermächtigen, dass er das machen kann. Wenn wir das beschließen und ermächtigen den Ausschuss, kann er abschließend beschließen, und dann kann es so vollzogen werden.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke für den Hinweis. Aber nur in dem Falle, weil es so im Antrag nicht steht. Eine Wortmeldung, Herr Stadtverordneter Schneider bitte.“

Stv. Schneider:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich versuche mal, die Kuh vom Eis zu bekommen und einfach, wir haben ja die Hauptsatzung, die Geschäftsordnung haben wir im Ausschuss, und da müssen wir uns mit beschäftigen. Wenn wir jetzt den Beschluss sozusagen so fassen: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, im Haupt- und Kulturausschuss im Rahmen der Neufassung der Geschäftsordnung für die Kreisstadt Eschwege die Änderung vorzunehmen, dann machen wir ein Komma dahinter und schreiben: ...dass auch Ortsbeiräte, ich formuliere es jetzt mal locker, aus ihrem Bereich genauso wie der Ausländerbeirat bei dem Punkt Anregungen ein Rederecht haben. Damit erteilen wir nur den Auftrag, und die genau Formulierung kann dann der Ausschuss sich überlegen mit Hilfe der Verwaltung und ich glaube, dann hätten wir einen zustimmungsfähigen Antrag und einfach einen Arbeitsauftrag an den Hauptausschuss. Danke.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Über die Geschäftsordnungsänderung wird natürlich hier in der Stadtverordnetenversammlung entschieden. Das ist ja klar. Ich wundere mich, dass dieser Antrag so einfach durchgeht. Ich hätte jetzt ganz große rechtliche Bedenken angemeldet, aber ich stelle diese Bedenken absolut zurück. Die Idee ist gut, die Idee ist sehr gut, sollten wir unbedingt machen, aber ich kündige hiermit auch an, ich will den Antrag auch nicht verbessern, ich will das jetzt auch nicht in der Eile der Zeit nicht noch zu sehr aufbauschen, wir werden dem Antrag zustimmen, aber ich kündige schon einmal an, dass wir auch uns darüber Gedanken machen müssen, ob wir nicht auch anderen die Möglichkeit geben, in der Stadtverordnetenversammlung auf diese Art und Weise sich zu beteiligen, um zu Wort zu kommen. Ich denke da zum Beispiel an die Schülervertretung, ich denke da an Jugendvertretung und ich denke da auch an andere, die durchaus dafür auch in Frage kommen. Deswegen freue ich mich, wenn dieser Antrag von allen beschlossen wird, keine rechtlichen Bedenken bestehen, und da freue ich mich auf das, was dann kommt. Danke.“

Stv. Lister:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Gäste. Ja, die Änderungen, die hier vorgebracht worden sind, ganz klar, ich meine, die Grundrichtung ist doch klar, die Ergänzung habe ich auch volles Verständnis, gehe ich auch gerne mit. Jetzt liegt es nur noch an der Formulierung, wie wir das jetzt verabschieden und da bitte ich vielleicht nochmal den Herrn Montag oder Herrn Schneider, die Formulierung, die Du eben vorgebracht hast, diese in den Antrag. Ich will das jetzt nicht verkomplizieren. Der Weg ist vorgezeichnet und die breite Mehrheit ist ja auch da und von daher könnten wir uns dahingehend verständigen, Herr Stadtverordnetenvorsteher.“

Stv.-V. Hamp:

„Herr Stadtverordneter Lister, verstehe ich Sie recht? Wir werden also diesen Antrag so, erweitert noch um den Ausländerbeirat ...“

Stv. Lister:

„... und um die Ergänzungen, die hier in der Diskussion angeführt wurden.“

Stv.-V. Hamp:

„... und dann zur Beratung in den Haupt- und Kulturausschuss überweisen. Ist das der Antrag? Dankeschön, Herr Stadtverordneter Lister.

Also, wer dem so geänderten Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.“

Beschluss:

Es soll im Haupt- und Kulturausschuss im Rahmen der Neufassung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Kreisstadt Eschwege folgende Änderung vorgenommen werden, dass auch jede/r Stadtverordnete/r, Orts- und Stadtteilbeiräte bzw. der Vertreterin/Vertreter und der Ausländerbeirat für seinen Bereich berechtigt ist, am Schluss einer Stadtverordnetenversammlung Anregungen zu geben. Diese sollen nur solche Angelegenheiten betreffen, deren Bedeutung der Behandlung in der Stadtverordnetenversammlung angemessen ist. Andere Angelegenheiten sind in einer Kommissions- oder Ausschusssitzung vorzutragen oder können dem Magistrat unmittelbar zugeleitet werden.

Einstimmig beschlossen.

9. ANREGUNGEN

9.1 SCHULUNGEN FÜR STADTVERORDNETE

- 1 -

Stv. Hölzel:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, ich will es schnell machen. Ich freue mich als alter Hase weiterhin im Stadtparlament sein zu dürfen. Ich freue mich, so viele neue Gesichter als Mandatsträger, gleich welcher politischen Couleur, hier mit sitzen zu haben. Insofern rege ich an, lieber Herr Stadtverordnetenvorsteher, lieber Herr Bürgermeister, die neuen wie aber auch die alten Mandatsträger haben Rechte und Pflichten. Diesbezüglich gibt es, gab es und gibt es hoffentlich heutzutage auch noch Schulungen, Seminare etc. für die Neuen wie aber auch zur Auffrischung für uns Alte, denn auch im Kommunalrecht gibt es ständig Neuerungen, von denen wir eventuell noch längst nichts wissen. Diesbezüglich bieten, das weiß ich, die politischen Parteien und Wählergruppen Schulungen und Seminare an. Auf der anderen Seite weiß ich aber auch, dass wir von der kommunalen Seite aus uns solcher Seminaranbieter andienen können und die hierher holen könnten und würde mich eben freuen, wenn die Verwaltung sich dahingehend mal umschaute, ob wir nicht solche kommunalen oder solche Seminare für kommunale Mandatsträger hier nach Eschwege in den Rathaussaal bekommen. Das wäre sicherlich einfacher, als wenn jeder einfach nach Südhessen, Mittelhessen oder Nordhessen fahren muss, wenn man das gesammelt hier mit hoffentlich reger Anteilnahme dann durchfüh-

ren könnten. Wie gesagt, eine Anregung an die Verwaltung, Stadtverordnetenvorsteher und Bürgermeister. Vielen Dank.“

9.2 VOLLSTÄNDIGE NAMEN DER MANDATSTRÄGER/-INNEN AUF DER ESCHWEGER WEBSITE

- 1 -

Stv. Lister:

„Herr Vorsteher, ganz kurz, vorhin wurde schon mal die Homepage angesprochen und ich fände es ganz schön, wenn die Stadtverordneten, die am 6. März gewählt worden sind, mit vollem Namen dort erscheinen. Da sind teilweise nur die Nachnamen und ich finde, das schickt sich nicht. Ich meine, wir haben Bögen abgegeben und ich möchte, dass das zeitnah nachgeholt wird. Das war meine Anregung.“

9.3 ZUSTAND STADTBAHNHOF ESCHWEGE

- 4/1 -

Stv. Strauß:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren. Ich habe auch in der Zeitung gelesen vor 3 Wochen, da stand nämlich ein Bericht in der Werra-Rundschau über den Zustand unseres Stadtbahnhofes, und es war ein sehbehinderter Bürger, der sich darüber beschwert hat, dass der Zustand unseres preisgekrönten Bahnhofes zu wünschen übrig lässt. Es ging hier in dem Artikel genau um die verunreinigten WCs, um die nicht vorhandenen Hygieneartikel, es ging um defekte Infosäulen und Glasschäden an den Infosäulen, die ja auch eine gewisse Gefahr in sich bergen. Dem nicht genug, las ich dann, dass unser Bürgermeister, dem war das Problem bereits bekannt, aber ich zitiere aus der Zeitung: „Dass aus personellen Problemen eine Begehung gemäß der Betreiberverantwortung aktuell nicht gewährleistet werden kann.“ Das fand ich schon ein starkes Stück. Weiter heißt es: „Schäden werden zur Zeit nur auf Zuruf zur Kenntnis genommen und Reparaturen aufgrund des noch nicht genehmigten Haushaltes gar nicht erst durchgeführt.“ Für einen preisgekrönten Bahnhof eigentlich ziemlich schlecht. Herr Bürgermeister, ich bitte Sie deshalb, zu dem Sachverhalt mal Stellung zu nehmen und zu erklären, wie sich der Verwaltungschef in Zukunft den Betrieb an unserem Bahnhof oder den Problemen stellen möchte. Ist denn die Stadt überhaupt für den Bahnhof, diesen Bahnhofsteil zuständig? Oder wird der Bahnhof städtischerseits vielleicht regelmäßig kontrolliert? Hätte man mit der außerplanmäßigen Investition vielleicht diese Schäden schon beheben können? Das könnte man ja mit dem § 100 glaube ich machen, dass man diese Mißstände hätte eben schon beheben, die hätten schon beheben worden sein können. Oder soll in Zukunft lediglich über die Presse oder über Zuruf auch weiterhin diese Probleme in die Verwaltung getragen werden? Ich wünsche mir an dieser Stelle mehr Engagement und Herr Bürgermeister bitte erklären Sie uns, wie Sie da in Zukunft mit diesem Problem umgehen, damit Reisende, Besucher, die an- und abreisen einen schönen Bahnhof, einen sauberen, einen intakten und ohne Probleme auch diesen Bahnhof überleben können, ohne sich zu schneiden schlimmstenfalls.“

Bgm. Heppe:

„Also, wir sollten den Zustand des Stadtbahnhofs jetzt hier an der Stelle nicht schlechter darstellen, als er sich dann tatsächlich darstellt. Es ist so, dass Wartungs- und Reinigungsaufträge an den Baubetriebshof regelhaft ausgelöst werden und es ist so, dass, was den Pflegezustand, insbesondere der bahntechnischen Anlagen und der Bahninformationssysteme angeht, man immer im Vorfeld eine Abstimmung erreichen muss zusammen mit dem Nordhessischen Verkehrsverbund sowie der Hessischen Landesbahn. Es gibt dort also genaue Teilungen in der Betreiberverantwortung wer da für was zuständig ist. Die Reparaturen sollen schnellstmöglichst beauftragt werden. Ich habe da eine entsprechende

Anweisung an den Fachdienst 43 gegeben, der das in seiner Zuständigkeit dann auch entsprechend macht. Das Problem bei der Geschichte ist, bei den speziellen Informationssystemen, die dort vorhanden sind, waren derzeit keine passenden Ersatzteile zu bekommen, weil die Firma auf ein anderes System inzwischen auch umgestellt hat. Da muss man jetzt nach einer Lösung suchen, da ist man aber auch gerade dabei. Sämtliche Sachen sind veranlasst, und es wird abgearbeitet sobald es möglich ist.“

9.4 HINWEIS AUF EINEN WETTBEWERB

- 1 -

Stv. Knapp-Lohkemper:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, es ist auch keine Anregung, es ist nur eine Information. Sie haben alle auf Ihren Tischen diesen schönen Flyer liegen. Der Kunstverein Eschwege und die Kreisstadt Eschwege veranstalten zum dritten Mal gemeinsam einen Fotowettbewerb. Ich gebe die Information, dass dieser Fotowettbewerb gestartet ist und bitte alle, sich rege daran zu beteiligen.“

9.5 WERRATALSEE - EINBERUFEN EINER BÜRGERVERSAMMLUNG

- 4/1 -

Stv. J. Stolle:

„Sehr verehrter Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren. Es ist schon wieder soweit. Der Sommer steht vor unserer Tür, und die Badesaison beginnt. Und Sie können sich bestimmt alle denken, was jetzt kommt. Für uns Eschweger Bürgerinnen und Bürger gibt es nach wie vor immer noch das hochbrisante Anliegen, unseren schönen Werratalsee. Dieser ist nicht nur für uns Eschweger als Naherholungsgebiet, sondern auch als touristischer Anziehungspunkt von immenser Bedeutung. Da jetzt schon wieder die sommerliche Vegetationsphase des Sees begonnen hat, ist es wieder nur eine Frage der Zeit, bis der Werratalsee nicht mehr geeignet ist zum Schwimmen. Nachdem Anfang 2015 eine Expertenrunde einberufen wurde und im November letzten Jahres ein Antrag zur Verbesserung der Wasserqualität des Werratalsees beschlossen wurde, ist es seit dem seitens der Stadt Eschwege extrem ruhig geworden. Deswegen regen wir als SPD-Fraktion an, dass zeitnah eine Bürgerversammlung zum Thema des Werratalsees einberufen wird, in der es über die aktuellen Fortschritte der Maßnahmen und der geplanten Maßnahmenkataloge berichtet wird. Darüber hinaus beschäftigt uns die Finanzierungsfrage und wie es um die Förderung durch das Land Hessen steht. Wir bitten, dieses Thema nicht in der eventuell geplanten Informationsveranstaltung zum Thema Planung Unterer Stad/Brückenstraße zu behandeln sondern extra in einer separaten Bürgerversammlung abzuhalten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stv.-V. Hamp:

„Danke Frau Stadtverordnete Stolle. Die Anregung ist aufgenommen. Zu Ihrer Information greife ich mal vor auf den 21.06.2016. Da ist eine Bürgerversammlung geplant zum Thema Verzahnung Stadt/Fluss und ich gehe da auch konform, das reicht allein als Thema völlig aus, das sollte man nicht überfrachten. Wir werden sehen, wo wir Zeit haben. Es wird vor der Sommerpause allerdings eng mit dem Werratalsee. Das bitte ich leider zu bedenken, da können wir uns auch nicht so die Zeit aus den Rippen schneiden.“

9.6 PROTOKOLLE DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG AUF DER HOMEPAGE

- 1 -

Stv. Grauer:

„Sehr geehrter Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren. Unsere Demokratie lebt von Partizipation. Die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ist aber nur möglich, wenn diese Inhalte auch für alle Menschen zugänglich sind. Damit auch in Eschwege die Möglichkeit der Teilhabe wieder verbessert wird und die politische Meinungsbildung nicht nur durch unsere hoch geschätzten Heimatzeitungen ermöglicht wird, rege ich an, die Sitzungsprotokolle der Stadtverordnetenversammlung bei Gelegenheit wieder aktuell auf unserer Homepage hochzuladen. Das letzte einsehbare Protokoll war vom 24. September 2015. In meine Anregung schließe ich auch das Protokoll von der letzten Sitzung mit ein, da deren Inhalt doch sehr unserer Vernehmung nach sehr brisant und sehr polarisiert hat.“

9.7 AUSLASTUNG VON VERANSTALTUNGSRÄUMEN

- 4/1 -

Stv. Grüning:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Stadtverordnete, Mitglieder des Magistrats, liebe Ortsvorsteher, liebe Gäste. In meiner zweiten Sitzung bitte ich folgende Anregung wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen.

Unsere Heimatstadt mit ihren sieben Stadtteilen verfügt über mehr als 22 Einrichtungen mit ca. 4.000 Quadratmetern öffentlich zugänglicher Nutzfläche. Darin enthalten sind die 8 Dorfgemeinschaftshäuser in kommunaler Trägerschaft mit durchschnittlich 160 Quadratmetern. Auch enthalten sind dieser unser Rathausaal, Stadthalle und die Dünzebacher Torturnhalle. Die evangelische Kirche verfügt über 4 Gemeindehäuser in der Kernstadt mit zwischen 108 und 354 Quadratmetern Nutzfläche und weiteren in den Stadtteilen. Die Auslastung der meisten Gebäude liegt derzeit bei unter 10 %. Dies ist mit den Vorgaben sowohl der Landeskirche aber auch mit den Empfehlungen und Richtlinien des Landes nicht vereinbar. Die Studie dazu liegt seit November 2013 vor. Die Kooperationen bzw. Bündelungen von mehreren öffentlichen zugänglichen Einrichtungen an einem Ort sind ein möglicher Weg, um ein attraktives Mindestangebot vor Ort zu sichern, die Auslastung zu erhöhen und gleichzeitig die Kosten der verschiedenen Träger zu verringern und somit ein dauerhaftes Angebot vor Ort erhalten zu können. Ich rege daher an, die Zusammenarbeit mit den kirchlichen Gemeinden dahingehend weiter zu entwickeln, eine digitalisierte, auch über die Homepage oder eine App der Stadt Eschwege zugängliche gemeinsame Liste, der für die verschiedenen Veranstaltungen nutzbaren Räumlichkeiten mit Ansprechpartnern, Telefonnummern, Größenangaben, Nutzungskosten/-entgelten zu erstellen. Ziel ist, außer einer besseren Auslastung der Einrichtungen die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und damit auch der Erhalt. Die Bereitschaft der evangelischen Kirche ist da. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

9.8 SCHMÜCKEN DER STRASSEN

- 1 -

Stv. Grüning:

„Eine zweite kurze Anregung, weil das Johannisfest kurz vor der Tür steht, möchte ich noch geben. Am Stad und in weiteren Straßen der Innenstadt fehlen leider viele unserer blau-weißen Girlanden. Einige Anwohner können, wollen oder dürfen aufgrund von Konzernvorgaben sich nicht am festlichen Schmücken der Stadt beteiligen. Auch das festliche Schmücken trägt zum Entstehen des Johannifest-

Kribbelns bei Gästen und Einheimischen bei. Aufgrund meiner Nachfragen haben sich die Stadtwerke Eschwege spontan bereit erklärt, 15 zusätzliche Girlanden aufzuhängen. Die Befestigungen der Weihnachtsbeleuchtung können hier genutzt werden. Kosten für Beschaffung, Montage und Demontage entstehen der Stadt nicht. Ich bitte deshalb um Umsetzung dieser Anregung. Vielen Dank.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Stv.-V. Hamp:

„Bevor ich die Sitzung offiziell schließe, noch ein Hinweis. Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird am 16.06.2016 stattfinden. Herr Kollege Feiertag war so nett, auf die Fußballeuropameisterschaft hinzuweisen. Damit wir dort nicht in Kollision mit dem Anpfiff um 21:00 Uhr kommen, wird die nächste Versammlung schon um 18:00 Uhr stattfinden. Ich denke, dass wir es dann schaffen werden.

Das Heubergfest am 04./05. Juni 2016 darf ich Ihnen allen ans Herz legen. Der Heuberg ist aus Eschwege nicht mehr wegzudenken, das Fest auch nicht. Bitte nehmen Sie rege daran teil.

Bevor wir alle auseinandergehen, würde ich dann noch nach Schluss der Sitzung die Fraktionsvorsitzenden zu einem ganz, wirklich ganz kurzen Gedankenaustausch zu mir bitten.

Ich schließe daher jetzt die Sitzung um 21:54 Uhr, wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Danke für Ihre Kraft und Ihre Beiträge. Bis zum nächsten Mal, auf Wiedersehen.“

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG**

AM 19.05.2016

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)